

Doris Sottopietra

Phänomen Rechtspopulismus¹

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
POPULISMUS UND POLITIK	3
Von Populus, populi zu Populismus	3
Rechter und linker Populismus	5
Populismus seit den 1980er Jahren	6
RASSISMUS IN DER POLITIK	8
Was ist Rassismus?	8
Vom Kosmopolit zum Dorfbewohner	9
The Making of Europeans	11
RAHMENBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH	13
Von den turbulenten achtziger Jahren	13
... in die unsicheren Neunziger	15
... zu den mörderischen Mittneunzigern	17
SCHÖNE NEUE WELT?	18
Die ideologischen Fundamente der FPÖ	18
Front National, Lega Nord, Alleanza Nazionale und Co.	22
Literaturverzeichnis	28
Die Autorin	32

¹ Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit werden im Text nur die männlichen Wortendungen verwendet. Damit sind, soweit nicht explizit angeführt, beide Geschlechter gemeint.

Vorwort

Gruppierungen am extrem rechten Rand des Parteienspektrums spielten in Westeuropa viele Jahre eine nur sehr geringe Rolle. Seit Mitte der achtziger Jahre hat sich die Situation grundlegend geändert: rechtspopulistische Parteien konnten – vor allem in Frankreich, Italien und Österreich – beachtliche Wahlerfolge erzielen, ihren gewachsenen Stimmenanteil im großen und ganzen bis heute halten und müssen als ernstzunehmende Akteure in der politischen Auseinandersetzung betrachtet werden.

Rechtspopulismus als gesellschaftspolitisches Phänomen hat vielfältige Ursachen. Eine liegt in den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die etwa durch die Begriffe ökonomische Globalisierung, informatisierte Dienstleistungsgesellschaft und Individualisierung gekennzeichnet sind. Ein anderer Grund ist wohl die zunehmende Einflußnahme moderner Massenmedien auf das politische Geschehen, die den Erfolg von Politik mitunter in Abhängigkeit von der marktgerechten Vermittlung ihrer Inhalte setzt.

Genau in diese Kerbe schlagen rechtspopulistische Politiker wie FPÖ-Führer Jörg Haider. Sie verstehen es, die Gesetzmäßigkeiten der veränderten Medienbedürfnisse für ihre Politik zu instrumentalisieren: die Form dominiert den (oftmaligen Schein-) Inhalt. Blickt man jedoch hinter die hohlen Phrasen der modernen Rechtspopulisten, so verflüchtigt sich bald das Bild vom progressiven und modernisierungswilligen Volksvertreter. Ein demokratisches Verständnis von Politik und Gesellschaft muß – unter dem Deckmantel der Modernisierung – ausschließlich dem Zweck der medialen Selbstinszenierung weichen. Die angepriesene Erneuerung entpuppt sich rasch als alter Hut. Statt neue Lösungen für komplexe Probleme zu suchen, werden altbekannte 'Rezepte' als 'ordentlich' verkauft. Statt demokratischer Auseinandersetzung mit Inhalten werden agitatorische Polemik sowie kalkulierte Tabuverletzungen und Polarisierung als dominierendes Mittel im politischen Diskurs eingesetzt. Statt echter Bürgerbeteiligung stehen Führerstrukturen und die Beseitigung jeglicher demokratischer Kultur an der Tagesordnung. Die Ereignisse rund um die 'Affäre Rosenstingl' einschließlich des demokratiepolitisch äußerst bedenklichen 'FPÖ-Parteitages der Gleichschaltung' am 4. Juli 1998 können als vielsagende Zeugnisse dafür herangezogen werden.

Umso wichtiger ist es demnach, den Mythos vom vermeintlichen Erneuerer und Modernisierer aufzudecken und zu erkennen, daß dahinter in Wahrheit nur der Wille zur Macht steckt, die unter anderem mit den Mitteln der Demagogie erlangt werden soll.

POPULISMUS UND POLITIK

Seit den siebziger Jahren, verstärkt jedoch seit Mitte der achtziger Jahre, hat der Begriff "Populismus" auch Eingang in den deutschsprachigen Raum gefunden. Seither gilt er als eines jener "Reizworte", die in ihrer inhaltlichen Definition und in der Vorstellung davon, was denn nun populistisch wäre, für unterschiedliche Meinungen und teilweise auch Kontroversen sorgen.

Der Begriff "Populismus" ist keine Neuerung an sich, sondern beruft sich auf historische Vorläufer, die aber – je nach Ansicht des Autors, der sich damit beschäftigt – in ihrer Anzahl und Ausrichtung variieren können. So wird in manchen Untersuchungen von einigen wenigen historischen Vorbildern des neueren Populismus gesprochen, während andere eine Vielzahl an populistischen Parteien in den verschiedenen Ländern dieser Welt erkennen. Um diese Uneindeutigkeit komplett zu machen, inkludiert die jeweilige Definition von Populismus nicht nur gewisse Bewegungen bzw. Ideologien, sondern auch bestimmte politische Interaktionsweisen und Agitationstechniken. Diese Interpretationen wiederum wechseln je nach historischen, geographischen bzw. sachlichen Bezügen, wobei es geschehen kann, daß die Frage, was Populismus eigentlich ist, unbeantwortet bleibt.

Für diese Frage bieten sich nun unterschiedliche Antworten an: Populismus ist eine soziale Bewegung bzw. eine politische Ideologie, er ist eine Form von politischem Verhalten oder auch – und nicht zuletzt – Ausdruck einer bestimmten Denkweise. Das "Gespenst" Populismus verflüchtigt sich bei näherer Betrachtung also zu einem "Phantom" (Dubiel 1986, S. 34); es gilt daher zuallererst zu klären, ob jener Populismus einer bestimmten Bewegung bzw. Partei eine dieser Antworten für sich beansprucht oder mehrere davon in sich vereinigen kann, was seine inhaltlichen Komponenten, seine "Glaubenssätze" sind, wo sein bevorzugtes Betätigungsfeld liegt und wie dieses am erfolgversprechendsten genutzt wird.

Von Populus, populi zu Populismus

Vor allem drei Traditionslinien sind es, die die neueren Populisten zu einem guten Teil geprägt haben. Da ist als erstes jene US-Farmer-Bewegung des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts zu nennen, die sich zu einer massenhaften und schlagkräftigen sozialen und politischen Bewegung formierte. Organisiert in der "Farmer's Alliance", der "People's Party", der "Populist Party" und anderen Gruppierungen, vertrat diese Protestbewegung die Interessen der Farmer des Mittelwestens und des Südens der USA. (Müller 1995, S. 6ff.) Diese Interessen waren – gemäß den Besitzverhältnissen von US-Farmern – Forderungen von kleineren und mittleren Unternehmen gegen Großunternehmen, wobei aber – als Nebeneffekt sozusagen – auch demokratische Rechte beansprucht wurden: Neben dem Widerstand gegen die zunehmende Organisation des Industriekapitalismus finden sich die Forderungen nach Direktwahl der Senatoren, nach Einführung von Vorwahlen, nach Frauenstimmrecht, nach Sozialprogrammen und Ähnlichem.

Das Hauptanliegen der US-amerikanischen Populisten lag jedoch keineswegs in einer Ausweitung der Demokratie oder der Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit; ihre Ideologie war primär eine Rückschau auf "die guten alten Zeiten", also eine Idealisierung früherer Epochen mit ihrer angeblich direkten, partizipatorischen Demokratie, in der der "common man" – eingebunden in der homogenen Gesellschaft von Farmerfamilien – unmittelbar in politische Entscheidungen von Amtsträgern eingreifen konnte. Diese Vorstellung der Errichtung bzw. Wiederherstellung einer "agrarischen Demokratie" war vielschichtig und durchaus

janusgesichtig: "Sie (die US-amerikanischen Populisten; Anm. d. Autorin) konnten hinterwäldlerisch, autoritär, sektiererisch-fundamentalistisch und antisemitisch sein und gleichzeitig progressive Sozialreformer und Basisdemokraten. Sie waren aber keine Sozialrevolutionäre oder Sozialdemokraten. Sie machten nicht gegen den Kapitalismus mobil, sondern nur gegen die Einseitigkeit von dessen privater Organisation, die zeitweise die Industrie und das Big business begünstigte." (Puhle 1984, S. 19)

Die weit größere populistische Bewegung formierte sich im Rußland des ausgehenden 19. Jahrhunderts und war jener der US-Farmer inhaltlich und personell in vielen Bereichen entgegengesetzt. Die russischen "narodniki" oder "Volkstümler" gehörten großteils der städtischen "Intelligenzija" an, die zwar ebenfalls ihre Liebe zum Land entdeckt hatten, doch war ihre "Idealfigur (...) nicht ein kleinkapitalistischer Farmer, sondern der traditionelle russische Bauer, inzwischen zwar individuell befreit, aber nach Moral und Sitte fest im Land und in der kleinen Dorfgemeinschaft verwurzelt, deren alte, unverdorbene Werte er garantierte." (Puhle 1984, S. 20)

Die Angst der Volkstümler galt jenem nach Rußland eindringenden Industriekapitalismus, der dieses einfache, traditionelle und "unverdorbene" Leben zerstören würde. Dieses reaktionäre Element ist jedoch nur ein Charakteristikum der "narodniki"; ihr Hauptelement liegt in ihrer Vagheit und Uneindeutigkeit, die es ermöglichten, sowohl gegen den Kapitalismus als auch gegen das zaristische System aufzutreten und somit ein Sammelbecken für die unterschiedlichsten Anschauungen bildete.

Neben diesen beiden größeren Bewegungen lassen sich im Laufe des 20. Jahrhunderts verschiedene andere populistische Gruppierungen ausmachen; im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit waren dies vor allem Bauernbewegungen – manche davon mit starker Affinität zu faschistischen Parteien –, während die populistischen Parteien in den Entwicklungsländern starke antiimperialistische, sozialrevolutionäre und reformerische Züge trugen. Ungeachtet ihrer Reichweite, ihres Einflusses und ihrer Bedeutung für die jeweilige Bevölkerung sollen diese Bewegungen hier jedoch nicht näher behandelt werden; von Interesse ist vorrangig, warum ihnen allen das Attribut "populistisch" verliehen wurde.

Auf den ersten Blick mögen die Gemeinsamkeiten dieser frühen populistischen Bewegungen und Parteien nicht sofort erkennbar sein; zudem wurden ihre "Botschaften" klassenübergreifend formuliert, so daß ihre Anhänger nur selten einheitlichen sozialen Schichten zugeordnet werden können. Allerdings finden sich Merkmale, die sie eindeutig als populistisch definieren, nämlich zum einen das Auftreten gegen das sogenannte Establishment (in seiner ökonomischen oder politischen Form) und zum anderen der direkte Appell an und die Berufung auf das "Volk". Gerade dieses "Volk" – lat.: *populus, populi* (n) – ist aber eine vertrackte, weil negative Kategorie, denn ungeachtet, ob als "das Volk", "the people" oder "le peuple" angesprochen, bedeutet es in erster Linie – entgegen den Intentionen der Französischen Revolution und der Aufklärung – den Ausschluß gewisser Menschen bzw. Gruppen aus der "Gemeinschaft". In dieser Definition wird "Volk" nicht in unserem heutigen, d. h. im Sinne eines demokratischen Verfassungsstaates als Bevölkerung, als Summe aller Bürger und Bürgerinnen, die die gleichen Rechte besitzen, verstanden, sondern "Volk" bezieht sich auf eine "Abstammungsgemeinschaft". (Pfahl-Traughber 1994, S. 136) Dieses "Volk" wird sodann – als eine homogene Einheit (!) – den herrschenden Eliten wie auch sogenannten "Volksfeinden" gegenübergestellt.

Rechter und linker Populismus

Bereits in den 1960er Jahren werden Diskussionen unterschiedlichster Herkunft um Populismus geführt, doch erst in den siebziger Jahren gelingt es diesem Terminus, zum Schlüsselbegriff für zwei ganz verschiedene wissenschaftliche Lager zu werden. Die US-amerikanischen Neokonservativen wenden das Attribut "populistisch" auf die Studenten- und die daraus entstandenen Gegenkulturbewegungen – so die Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegungen – der damaligen Zeit an und fragen sich, was denn die "postmaterialistischen Kinder" der Wohlfahrtsgesellschaft der sechziger und siebziger Jahre dazu bewogen haben mag, gegen Teile der Gesellschaft, insbesondere gegen die Regierung(en), zu revoltieren. Ihre Ansicht von "populistisch" ist ein eindeutiger Vorwurf in die Richtung, daß all die genannten Bewegungen antimodernistisch und irrational argumentieren würden, somit also regressiv wären und sich von dem bereits erreichten Niveau formaler Rationalisierung, welches wiederum mit Modernität gleichgesetzt wird, abwenden. (Dubiel 1984, S. 38ff.) Die "andere" Seite, die diese Diskussion führt, sind die britischen Neomarxisten, die zu ergründen versuchen, weshalb die konservative, antiwohlfahrtsstaatliche Politik Margaret Thatchers auch bei den unmittelbar Betroffenen auf große Akzeptanz stößt. Eine Erklärung finden sie in der Wahlkampfstrategie Thatchers, ihres Erachtens Ausdruck eines "rechten" bzw. "autoritären Populismus".

So grundverschieden die beiden Diskussionsrunden in ihrer ideologischen Ausrichtung auch sind, gemeinsam ist ihnen, daß die Bezeichnung einer Bewegung als "populistisch" ausschließlich negativ besetzt ist und eindeutig pejorativ verstanden wird.

Diese neokonservative bzw. neomarxistische Kennzeichnung verschiedener Strömungen als "populistisch" kann aber nur in einem ersten Schritt genügen; eine differenzierte Betrachtung läßt erkennen, daß die solcherart benannten Bewegungen durch ihre Inhalte sehr wohl unterschieden werden können. Zwar verbinden zwei Merkmale alle Grundtypen von Populismus, nämlich die Berufung auf das "Volk" und eine bestimmte Form von Anti-Elitarismus, doch während ein "linker" Populismus – wie in diversen Alternativbewegungen am deutlichsten zu beobachten – mit der Hoffnung bzw. Absicht verbunden ist, daß jene, an die appelliert wird, ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen, ist das Ziel jedes "rechten" Populismus, mittels der Mobilisierung des "Volkes" die legitimatorische Grundlage für das Handeln gewisser Politiken bzw. Politiker zu schaffen und die eigenen Machtbefugnisse zu sichern bzw. auszubauen. Zu betonen ist hierbei aber, daß der "autoritär-populistische Anspruch auf die politische Macht (...) nicht als solcher ausgesprochen (wird). Der Machtanspruch wird als vermeintliche 'Notwehrreaktion' gegen die unfähig-unehrlichen Regierungen dargestellt." (Kraxner 1996, S. 7)

Generell ist auch die Unterscheidung der Form nach möglich, wenn davon ausgegangen wird, daß Populismus als eine Politikform die Wechselbeziehung bzw. Interaktionsform zwischen politischem Akteur und seinem Publikum bezeichnet. In dieser Definition ist also das Wie entscheidend, das heißt: Wie, mit welcher Argumentation und mit welchen Agitationsmitteln und -techniken Politik gemacht wird.

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen die rechtspopulistischen Bewegungen; dies vor allem deshalb, weil es seit Mitte der achtziger Jahre mehreren Parteien in einigen westeuropäischen Ländern gelungen ist, große Wahlerfolge zu erzielen. Daß es sich dabei um Gruppierungen mit "rechten" Einstellungen und Werten handelt, steht außer Frage. Einzig über

ihre genaue Bezeichnung herrscht Uneinigkeit; so sprechen manche Autoren von rechtspopulistischen, andere von rechtsextremen und rechtsradikalen Parteien und wiederum andere von den "Neuen Rechten". (Gärtner 1995, S. 258f.) Im folgenden wird daher kurz auf die Begrifflichkeit selbst eingegangen, um Einblick in das Wertesystem dieser Gruppierungen zu geben.

Populismus seit den 1980er Jahren

Wie bereits erwähnt, sind diese neuen populistischen Parteien in Westeuropa moderne Wahlparteien, "die ihren öffentlichen Diskurs mit populistischen Agitationsformen entfalten und dadurch nicht nur Randbereiche der jeweiligen Gesellschaften ansprechen, sondern in die Mehrheitskulturen der westlichen Demokratien hineinwirken". (Pfahl-Traughber 1994, S. 10) Man kann sie deshalb auch nicht mit dem analytischen Instrumentarium der zwanziger und dreißiger Jahre betrachten, sondern muß ihrer "Erneuerung" Rechnung tragen.

Was sind nun die "Erneuerungen", die diese neuen rechten Parteien erfahren haben? Zum einen – unleugbar – die große Akzeptanz, die ihnen von den Bevölkerungen mancher Staaten entgegengebracht wird. Solche rechtsorientierten Gruppierungen sind in der BRD, in Frankreich, den Niederlanden, in Italien, Belgien und auch in Österreich seit längerer Zeit ein fester Bestandteil des politischen Spektrums. Bei einigen dieser Parteien ist der Einfluß auf die jeweilige Politik eines Landes nur von kurzer Dauer, andere hingegen beeinflussen nicht nur den gesellschaftlichen Diskurs, sondern sind auch so stimmkräftig, daß sie Einzug in die Parlamente gefunden haben.

Trotz des "gehäuften" Auftretens solcher Gruppierungen kann aber nicht von einem homogenen ideologischen Block gesprochen werden; jede einzelne dieser Parteien beruft sich auf eine spezifische politische Tradition, wobei manche stärkeren Bezug zu historisch bekannten (faschistischen) Systemen zeigen, andere diese starke historische Orientierung aber scheinbar völlig aufgegeben haben und sich dezidiert auf die Strömungen und Trends der Gegenwart beziehen. Diese Unterschiedlichkeit in der traditionellen Ausrichtung jeder Partei zeigt ihre Fortsetzung in der Verwirrung um eine genaue Bezeichnung dieser Gruppierungen. Sie gelten als "rechtsextreme" bzw. "neue rechtsextrem-populistische" Parteien, wobei der Terminus Rechtsextremismus nicht scharf von anderen getrennt wird, sondern sich oftmals in einer Reihe mit den Begriffen Rechtsradikalismus, Neofaschismus, Neonazismus und anderen findet. Allerdings zeichnet sich Rechtsextremismus durch zentrale, ihn charakterisierende "Werte" aus, so durch das Prinzip der "Natur" bzw. die "Natürlichkeit" und das "Volk" bzw. die "Volksgemeinschaft". Gemäß der Überzeugung, daß "ein ehernes Gesetz der Natur" wie auch eine "natürliche Auslese" vorherrsche, ist es daher für solche Gruppierungen auch logisch, die Gesellschaft als ein hierarchisch wohlgeordnetes Gebilde zu sehen, die jedem Individuum, jedem Stand, jedem "Volk" und jeder "Rasse" eine eigene, ganz bestimmte Position zuweist. Des Pudels Kern von Rechtsextremismus bzw. von rechtsextremer Gesinnung ist also die "Ablehnung des Prinzips menschlicher Fundamentalgleichheit auf politischer und gesellschaftlicher Ebene". (Pfahl-Traughber 1994, S. 14)

Die Realität allerdings widerspricht der Auffassung einer durch Menschenhand unberührbaren Hierarchie, da sich in ganz Europa seit der Französischen Revolution und der Aufklärung die Erkenntnis vom gleichen Wert aller Menschen durchgesetzt hat. Rechtsextreme Parteien kämpfen also gegen bestehende gesellschaftlich-politische Formen an. Ein Kampf, den sie nur führen können, wenn sie Feindbilder und Sündenböcke konstruieren, die als "Erklärung" und als

"Problemlösungsansätze" präsentiert werden. Diese "Erklärungen" bestechen in ihrer einfachen und dichotomen Sichtweise: Sie trennen klar zwischen Gut und Böse, zwischen Freund und Feind – und nehmen mitunter den Charakter von Verschwörungstheorien an. Diese "Theorien" – das muß gesehen werden – besitzen mehrfachen "Wert": Sie sind wirksame Instrumente, die, "je nach realpolitischem Bedarf, nachgerade beliebig gegen all jene Kreise" gerichtet werden können, "die rechtsextremem Formulierungswollen (...) im Wege stehen oder in anderer Weise die innere Einheit oder biologische Reinheit der Nation zu gefährden drohen." (W.I. Holzer 1993, S. 53)

Das Politikverständnis, das Rechtsextremismus bzw. rechtsextreme Parteien kennzeichnet, widersetzt sich also allen Menschen- und Bürgerrechten; höchstes Gut und höchster Wert ist die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, die – wie im Falle von "Volk" oder "Rasse" – nicht existiert und deshalb konstruiert wird. Diese Zugehörigkeit bringt den automatischen Ausschluß und die Abwertung "Anderer" (seien dies gewisse soziale Gruppen, Fremde, Einwanderer etc.) mit sich, ein Prozeß, der erst mittels Mobilisierung von "Gegen-Gefühlen" (Ernst 1987, S. 11) in Gang gesetzt werden muß. Populismus bzw. populistische Politiken richten daher sich an vorhandene Einstellungen, Vorurteile und Ressentiments und nutzen diese für ihre eigenen Zwecke, indem sie sie schüren, provozieren, durch Übertreibung vergrößern und durch ständiges Wiederholen aktualisieren. Populismus ist in diesem Sinne eine öffentliche Inszenierung jener "Gedankenwelten", die ihrer eigenen Logik, der Logik der Extreme und Polarisierung, folgt. "Angst, Haß, Neid, Verunsicherung, Ressentiment und das Gefühl vorenthaltenen Glücks" (Kraxner 1996, S. 7) sind nicht nur Propagandabilder, sondern die Mittelpunkte seiner Politik! Populistische Agitation erweckt absichtlich Angst und Furcht; nur die "Schattenseiten" haben es ihr angetan, und die werden massenhaft und allerorten festgestellt. Der Populist ist weit davon entfernt, auch nur ein Quäntchen von Optimismus zu verspüren oder gar zu versprühen; er "weiß", daß die Welt und die Menschen von Grund auf schlecht sind – und wiederholt diese "Erkenntnis" ohne Unterlaß.

Mit Populismus läßt sich gegenwärtig sehr gut Politik machen! Dafür sind zwei Gründe ausschlaggebend: Zum einen liegt die Stärke populistischer rechtsextremer Parteien darin, daß sie konkrete "Lösungen" für zeitgemäße Probleme anbieten. In ihrer Propaganda sind es allerdings ausschließlich sie selbst, die es – sobald sie an der Macht sind – bewerkstelligen können, die vermeintlich realen Ursachen der geschilderten Angst zu beseitigen. Die derzeit Regierenden sind dazu nicht imstande, denn das "Volk" weiß um deren "Abgehobenheit" von und dem Unverständnis für die "Basis". Die einzigen, die dem "Volk" gleich sind, auf derselben "Stufe" wie das "Volk" stehen und für es sprechen und eintreten, sind – nach eigener Aussage – eben die populistischen Politiker. Ihnen liegt nichts mehr am Herzen, als für das "Volk" zu arbeiten, die "Reinheit" und das Ansehen des "Volkes" zu wahren, die "Tugend" des "einfachen Mannes" zu schätzen, die Traditionen der "einfachen Leute" in Ehre zu halten und den "Wenigen da oben", die "das Sagen haben" und "es sich richten konnten", zu zeigen, wo es zukünftig lang geht – kurzum: die Ordnung wiederherzustellen. Und das "Volk", diese homogene politische Einheit, kann ihnen – mittels der stimmlichen Unterstützung bei Wahlen – dabei helfen.

Diese vehemente Forderung nach "Law and Order" und nach einem "starken Staat" bedeutet nichts anderes als Autoritarismus, ein absoluter Autoritätsanspruch, der den Staat über die Gesellschaft stellt und ihn nicht mehr als Instrument der Gesellschaft ansieht, sondern als die Möglichkeit, diese zu dominieren. Und an der Spitze dieses Staates steht der "neue Führer", der dem "Volke" über alles verbunden ist. "Dabei stehen sich aber nicht Gleiche gegenüber. Der

populistische Agitator als personelle Verkörperung des einheitlichen 'Volkswillens' rangiert über seinem Publikum, gilt als besondere Persönlichkeit mit außergewöhnlichen Machtbefugnissen." (Pfahl-Traugber 1994, S. 140f.) Die angebliche "Volksnähe" populistischer Agitatoren hat also ganz konkrete "unmystische" Funktionen, nämlich das Streben nach politischer Führung und die Erreichung realer Macht.

Der zweite Grund für die Erfolge rechtspopulistischer Parteien in westeuropäischen Ländern liegt darin, daß ihre Inhalte, also ihre angebotenen und propagierten "Werte" auf Zustimmung und mancherorts auf breite Unterstützung in den Bevölkerungen stoßen. Dieses "neue" Europa hat in den letzten Jahren bzw. im Zeitraum von ca. 1980 bis heute etliche soziale und politische Änderungen durchlebt. Die beschleunigte Modernisierung in den Industriegesellschaften hat aber auch die Konsequenzen "beschleunigt": Zunehmende Auflösung traditioneller Bindungen und Lebensverhältnisse gehören in vielen Staaten ebenso zum Alltag wie die Zunahme von Massenarbeitslosigkeit. Dieser Kontinent, der reich ist und sich reich nennen darf, produzierte bislang 18 Millionen Arbeitslose, und noch ist ungewiß, ob es demnächst weniger oder mehr werden. Es scheint, als ob vielerorts die Angst umgeht, Angst vor einem sozialen Abstieg, vor einer Radikalisierung der Gesellschaft etc.

Unter diesen Rahmenbedingungen kann Populismus und populistische Politik gedeihen. Das Gefühl der Unsicherheit und der Orientierungslosigkeit führt zum verstärkten Wunsch nach "Anlehnung" und zur Suche nach neuen Inhalten. Und die rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien offerieren diese "starke Schulter", die sie selbst gerne als "starke Hand" bezeichnen. Ihre Programme bieten "Welten", die die Welt verändern; und diese Veränderung wird nicht erst in der nahen oder fernen Zukunft erfolgen, sondern hat anscheinend bereits sowohl das Bewußtsein der Menschen als auch die politischen Handlungen in Westeuropa beeinflußt.

Am Beispiel "Rassismus", diesem überaus beliebten populistischen Propagandaelement, soll dieser Rechtsruck aufgezeigt werden.

RASSISMUS IN DER POLITIK

Was ist Rassismus?

Die Definition von Rassismus erweist sich in einer ersten Annäherung als nicht ganz einfach; die Begriffe Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus scheinen in der gegenwärtigen Diskussion nicht getrennt auf, sondern vermischen sich. Diese "Verwirrung der Ideen" (Taguieff 1992) kommt zustande, da einerseits jede verbale oder nicht-verbale Äußerung, Haß, Verachtung, Feindschaft oder Aggression gegen einen einzelnen Menschen bzw. gegen eine Gruppe von Menschen mit dem Attribut "rassistisch" belegt wird, andererseits aber der Terminus "Rassismus" einen ganz deutlichen Bezug zu spezifisch modernen Praktiken der Massenvernichtung aufweist. Hier werden diese Formen nicht getrennt, sondern es wird davon ausgegangen, daß Rassismus als negative Einstellung gegenüber anderen Menschen und Rassismus als System der Ausrottung in letzter Konsequenz ineinander münden.

Dabei ist aber das Phänomen zu beobachten, daß gerade die Gleichsetzung der beiden genannten Formen nicht tragbar ist. "Rassismus als System der Ausrottung" schmerzt und – vor allem – erinnert an jene Geschehnisse in der jüngeren Geschichte, die den Menschen einen

neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen haben.¹ Die Benennung fremdenfeindlicher Einstellungen und Verhaltensweisen als "Rassismus" ist vielleicht gerade aus diesem Grunde im täglichen Diskurs selten geworden; sowohl die Bevölkerungen der verschiedenen westeuropäischen Länder als auch die politischen Vertreter vieler Staaten ziehen deshalb die Begriffe "Fremden- bzw. Ausländerfeindlichkeit" vor.

Was nun kennzeichnet diesen Rassismus, der europaweit zu beobachten ist und in manchen Ländern bereits mörderische Züge angenommen hat? – Zu Beginn des Jahres 1950 gab die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) eine Untersuchung in Auftrag, die sich dezidiert mit "Menschenrassen" befaßte. Die vordringliche Frage dabei war – als eine Lehre bzw. Last des Nationalsozialismus, der mit seiner Definition von "wertvollen und unwerten Rassen" den Massenmord an jüdischen Menschen ideologisch legitimiert hatte – zu klären, ob es noch legitim ist, von verschiedenen "Menschenrassen" zu sprechen. In der abschließenden Studie "UNESCO Statement of Race" (1950) hält das Untersuchungsteam, das aus Biologen und Soziologen bestand, ausdrücklich fest, daß es keine verschiedenen "Menschenrassen" gibt. Erklärt wird diese Erkenntnis damit, daß die "Menschwerdung", d. h. das Auftreten der Gattung Mensch, ein einziges Mal in der Geschichte stattgefunden hat, somit also alle phänotypischen Unterschiede auf eine besondere Entwicklung der Gruppen – sei dies durch Spaltung oder Isolation einer Gruppe oder differente klimatische Bedingungen – zurückgeführt werden muß. Die genetischen Gemeinsamkeiten von Menschen mit unterschiedlichen körperlichen Merkmalen (z. B. Hautfarbe) sind weitaus größer als die Differenzen zwischen ihnen; daraus ergibt sich auch der logische Schluß, daß aus phänotypischen Merkmalen keinerlei Verhaltensweisen bzw. psychische oder mentale "Verfassungen" des Individuums bzw. der Gruppe abgeleitet werden dürfen.

Trotz dieser Erkenntnis wird aber von "Rassen" gesprochen und werden Menschen in verschiedene "Rassen" eingeteilt. Der "Mythos Rasse"² ist langlebig; dies verweist aber nicht auf seinen Wahrheits-, sondern vielmehr auf den ideologischen Gehalt, der diesem Begriff unterlegt wurde und wird.

Vom Kosmopolit zum Dorfbewohner

Die Zunahme an rassistischen Einstellungen in Europa führt zu einem allgemeinen Unbehagen und zur Suche nach Wegen und Methoden, diesem Phänomen wirksam zu begegnen. Exzesse wie zum Beispiel brennende Häuser von Asylanten und öffentliche Jagden auf Ausländer vor applaudierendem Publikum lassen das Gefühl vorherrschen, als ob alle Arbeit und Anstrengung der letzten Jahrzehnte gegen Rassismus und Rechtsextremismus nicht gefruchtet hätten. Der Antirassismus steckt in einer tiefen Krise, nicht zuletzt deshalb, weil der Rassismus der Gegenwart keineswegs ident ist mit jenem aus vergangenen Zeiten.

Die bislang bekannte antirassistische Argumentation stützt sich auf ein Fundament, das in den dreißiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts gelegt wurde und bis in die siebziger Jahre großen Anklang fand. Im Mittelpunkt dieser Argumentation steht die Kultur, oder um es präziser zu benennen: die Bedeutung der sozialen und kulturellen Faktoren zur Formung der Persönlichkeit. Drei Grundpfeiler sind es, die diese kulturalistische Sichtweise tragen, nämlich die Unabhängigkeit kultureller Phänomene, die Prägung der mentalen Strukturen und Lebensformen durch Kultur und die Gleichheit der Werte aller Kulturen. In einem fortschrittlichen Glauben an die unbegrenzte Macht der Bildung, die zur Zerstörung von

Vorurteilen führt, wurde der "Rasse" also die Kultur als determinierender Wert entgegengehalten, eine in ihrer Intention positive Argumentation, die nun einen deutlichen Mißbrauch erfährt: Das Merkmal der "Rasse" wird zu einem Merkmal der "Kultur" umgewandelt, die "rassische Reinheit" erfährt eine Neubelebung als "authentische kulturelle Identität", und das Lob der Differenz wird zum Recht auf Differenz. (Taguieff 1992, S. 236)

Dieser "Logik" folgend, ist Kultur auch nichts, was das Individuum erlernt und durch Sozialisation vermittelt bekommt, sondern sie "haftet" an ihm für alle Zeiten, d. h. sie ist nicht ablegbar, austauschbar oder veränderbar. Kultur wird hier nicht durch einen sozialen Prozeß weitergegeben und kann auch nicht "zurückgedrängt" werden, sondern determiniert das Individuum. Diese Definition von Kultur als quasi biologische Konstante ist das zentrale Charakteristikum des gegenwärtigen Rassismus und bedeutet eine Verschiebung der biologischen Ungleichheit der Menschen zur Verabsolutierung kultureller Differenzen. Zurecht kann man deshalb von einem "neuen Rassismus" (Sottopietra 1997b, S. 336) sprechen, der sich dadurch auszeichnet, ein "Rassismus ohne Rassen" zu sein; allerdings ist das weniger ein Paradoxon als vielmehr die Transformation von Kultur in eine "zweite Natur".

Beispiele dieser Art von Argumentation finden sich viele; ihnen gemeinsam ist zu "erklären", warum bzw. welche Individuen und Gruppen fähig bzw. nicht fähig sind, sich unseren (westlichen) Gesellschaften anzupassen. Mit anderen Worten: Kultur als "biologisches" Merkmal trägt immer das Moment der "Assimilationsfähigkeit bzw. -unfähigkeit" in sich.

An dieser Stelle seien zwei Schriften hervorgehoben, die hinsichtlich der genannten Thematik von besonderem Interesse sind. Das erste ist jenes "Heidelberger Manifest", das von elf Hochschulprofessoren in Mainz verfaßt und 1982 veröffentlicht wurde. Wegen der "Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von Millionen von Ausländern und ihren Familien" und aus Sorge wegen der "Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums", was unweigerlich zu den "bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften" führen wird, scheuen sich die Autoren nicht, uns, "das Volk", an sein "Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart" zu erinnern. Nach Bekanntwerden des "Manifests" waren die Herausgeber mit starker Kritik konfrontiert, wiesen aber jede rechtsradikale Gesinnung und Ausländerfeindlichkeit mit den Worten zurück, keine "biologischen" oder rassistischen Argumente zu verwenden, sondern lediglich kulturelle. In vollster Überzeugung erklärten sie, daß sie sich, "auf dem Boden des Grundgesetzes stehend (...) gegen ideologischen Nationalismus, gegen Rassismus und gegen jeden Rechts- und Linksextremismus" ("Heidelberger Manifest" 1982, S. 12) wenden.

Für das zweite Beispiel muß man nicht ins Ausland schweifen; auch hier, in der "Wiener Erklärung" der FPÖ aus dem Jahre 1992, geht es laut des Verfassers Jörg Haider um die "Respektierung von kultureller Identität" und besonders um das "Menschenrecht auf Heimat", denn "kein Volk läßt sich auf Dauer gefallen, zu Fremden in der Heimat degradiert zu werden." Und auch hier wird – in leichter Abwandlung zum oben genannten Beispiel – dezidiert festgehalten, daß das "nichts mit Ausländerfeindlichkeit, sondern schlicht und einfach mit der Verantwortung gegenüber den Inländern zu tun" (FPÖ 1992, S. 20) hat. Gleich den Autoren des "Heidelberger Manifests" meint auch dieser Verfasser, daß er "kulturell ethische Werte vertritt, die den Respekt vor Minderheiten begründen und eine klare Distanz zu Rassismus und Antisemitismus bewirken" (FPÖ 1992, S. 22).

Rassistische und rechtsextreme Argumentationen zeichnen sich dadurch aus, daß sie vorrangig die Bewahrung der nationalen Identität sichern und die ethnische und kulturelle Homogenität – ungeachtet, ob es eine solche auch gibt – eines Landes aufrechterhalten wollen, denn beides ist ihres Erachtens massiv von "Fluten" von Einwanderern bedroht. Sieht man aber einmal von dieser neuen Konstante "Kultur" als differenzierendes Merkmal ab, so zeigen die beiden Beispiele ein Charakteristikum, das allen Rassismen eigen ist: eine Ideologie zu sein, die über jede Bildungs-, Alters- und soziale Schicht hinweg verbindend wirkt.

Trotzdem ist hier die Frage nach dem Warum noch nicht geklärt, d. h. warum gibt es diesen neuen Rassismus in Europa, wie ist er entstanden und wie wirkt er? Als eine Ad-hoc-Antwort wird oftmals auf die ökonomische Krise der frühen neunziger Jahre verwiesen, die vor allem den extrem rechtsstehenden Parteien großen Zuspruch gebracht hätte. Diese Ansicht stimmt aber – in dieser Kürze vorgebracht – nur zum Teil, denn Untersuchungen haben gezeigt, daß der Aufstieg solcher Gruppierungen jeweils in ökonomisch relativ stabilen Perioden begann, der "große Erfolg" allerdings in Krisensituationen einsetzte, als auf rassistische Einstellungen zurückgegriffen wurde, die gerade zu diesem Zeitpunkt in ungeahntem Maße mobilisiert werden konnten. (Epstein 1996, S. 7f.) Und Europa erlebte auch wirklich in den Jahren 1974 bis 1983 eine ökonomische Krise, in der Arbeitslosigkeit und das Gefühl der Unsicherheit umgingen, doch waren die politisch extremen Rechten aller Länder in dieser Zeit ein unbedeutender Faktor. Ihr "Höhenflug" begann erst einige Zeit später, und es ist zu überlegen, was rassistisch motivierte Parteien zu wählbaren Alternativen machte.

The Making of Europeans

Um diese Frage beantworten zu können, muß auf Europa selbst zurückgegriffen werden, d. h. auf das Konzept des neuen Europa, jenes Staatenbundes, wie ihn die EU vorsieht. In ursprünglicher und erster Linie ein wirtschaftliches Bündnis, begannen in den achtziger Jahren die verstärkten Bemühungen um eine Erweiterung und Festigung dieser Einheit, die nun auch direkten politischen Einfluß auf die Belange der einzelnen Mitgliedsstaaten nehmen sollte. Die Schaffung der EU hatte daher Wirkung in mehrere Richtungen – zum einen brachte sie den Nationen einen partiellen Autonomieverlust, zum anderen mußte sie aber gleichzeitig identitätsstiftend sein. Gefragt war also eine einheitliche Identität, die, falls noch nicht vorhanden, ausgebildet werden mußte. Gerade dieser zweite Punkt stieß und stößt auf große Probleme, denn Europa ist nichts, "was mehr oder weniger schnell 'geeinigt' wird, es ist ein historisches Problem ohne eine präexistierende Lösung." (Balibar 1993a, S. 139)

Der Einheit Europa fehlte also einerseits der historische Leitfaden, andererseits aber auch das Bewußtsein, politisch, historisch-kulturell oder ethnisch eine Einheit zu sein. Diese Identitätsstiftung trägt jedoch eine eigene Ambivalenz in sich, denn ungeachtet dessen, ob es sich um die Bildung eines Nationalstaates oder um die eines Staatenbundes handelt, wird der Versuch einer Homogenisierung der Mitglieder vorgenommen – ein Versuch, der noch immer Gegenbewegungen hervorruft. Und erst seit diese Anstrengungen in Richtung eines einheitlichen Europa unternommen werden, greifen die oben erwähnten, rechtsextremen Argumentationen: Die "Heimat" und das "Volk" in ihrer "kulturellen und ethnischen Homogenität" sind wichtiger denn je!

Seltsam mutet dabei an, daß diese Abgrenzung vom "Anderen", die jeder Identitätsbildung immanent ist, nicht oder nur mäßig gegenüber anderen westeuropäischen Staaten und ihren Bevölkerungen zum Tragen kommt. Die "Fremden", "Außenstehenden" sind eindeutig die nach

Europa zu- und einwandernden Menschen. Es ist genau dieser Fremde, "der heute kommt und morgen bleibt" (Georg Simmel, zit. n. Bauman 1992, S. 29), den man fürchtet, wobei die Angst aber nur in einigen Fällen ganz konkrete Ursachen hat und viel öfters aus einer Mischung diffuser "Bedrohungsszenarien" besteht, die anscheinend im Verantwortungsbereich des Fremden liegen. Trotzdem ist es nicht richtig, Rassismus nur in dieser "individuellen", "subjektiven" Form, d. h. in einer verbal offen geäußerten oder einer tatsächlichen physischen Gewalttätigkeit anzuerkennen. Würden wir das tun, d. h. würden wir ausschließlich verbale und physische Attacken auf Ausländer mit dem Attribut rassistisch belegen, dann wäre das zeitgemäße europäische Rassismusproblem eines, das sehr wohl – und im Rahmen der gegebenen gesetzlichen und exekutiven Möglichkeiten – zu lösen wäre. Der moderne Rassismus ist jedoch weit subtiler, und seine Ausformungen und Praktiken begegnen uns auf mehreren Ebenen:

So finden diese gefühlsmäßig negativen Einstellungen gegenüber "Fremden" möglicherweise eine Bestätigung in der legal-politischen Konzeption der EU, die eine Diskriminierung "Anderer" dadurch in ihr Programm festgeschrieben hat, daß sie in jedem Land zwei Kategorien von Ausländern mit ungleichen Rechten bestimmt (communautaires versus extracommunautaires). Dieses "neue" Europa, das sich aufgemacht hat, grenzenabbauend und länderüberschreitend zu wirken, besitzt mittlerweile mehrere "Grenzen": zum einen sowohl die Außengrenzen der "Einheit Europa" als auch jene der einzelnen westeuropäischen Länder, die gegenüber Waren, Gütern, Kapital und (westeuropäischen) Arbeitnehmern immer offener werden, in bezug auf Menschen aus Nicht-EU-Ländern jedoch zunehmend befestigter und undurchlässiger sind; zum anderen aber auch "innere Grenzen", d. h. jene Grenzziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen eines Landes, die Menschen nach Herkunft, Sprache, Kultur, politischen Rechten oder Stellung am Arbeitsmarkt gewissen Gruppen zuordnet. In diesem Sinne ist auch die Kritik zu verstehen, die von einem genuin "europäischen Rassismus" spricht. (Balibar 1993a, S. 138)

Die Europäische Union hat das Problem Rassismus für Europa erkannt und das Jahr 1997 zum "Europäischen Jahr gegen Rassismus" erklärt; sie selbst ist aber in zunehmendem Maße mit Forderungen konfrontiert, die zivile, politische und soziale Grundrechte betreffen. Da die Phase des reinen Wirtschaftsbündnisses abgeschlossen ist und die EU heute eine reale politische Größe darstellt, werden auch europaweit einheitliche Rechte für alle in diesem Staatengebilde lebenden Menschen eingefordert, die explizit als Grundrechte definiert werden. Bislang handelt es sich dabei noch um Forderungen; allerdings hat das Europäische Parlament diese Grundrechtsdefizite erkannt und arbeitet an der Ausformulierung von zivilen, politischen und sozialen Rechten. (vgl. Bauböck/Melchior 1997)

Neben der Bestimmung darüber, wer EU-Bürger bzw. Nicht-EU-Bürger ist, liegt es gegenwärtig jedoch in der Hand der nationalen gesellschaftspolitischen Konzeption, wie mit "Fremden" umgegangen wird. Es sind die nationalen Gesetzgebungen, die darüber bestimmen, wem Asyl gewährt wird, wer als Flüchtling anerkannt wird und wem die Staatsbürgerschaft und damit auch die staatsbürgerlichen Rechte zuerkannt werden. Und gerade hier findet sich ein Faktor, der nicht gerne eingestanden wird, eben weil er diskriminierend wirkt: der institutionell verankerte Rassismus.

Wenn man, um mit Uli Bielefeld zu sprechen, davon ausgeht, daß sich Rassismus in verschiedenen Formen – die allesamt Formen von Gewalt sind – zeigt, dann lassen sich drei "Gesichter" ausmachen:

- zum einen die traditionelle homogenisierende, "säubernde" Gewalt, die durch soziale Formen wie Assimilations- und Integrationsdruck wirkt,
- zum zweiten die privatisierte Gewalt, die – als Gewalt sans phrase – durch Skinheads und gewaltbereite rechtsextreme Gruppierungen ausgeübt wird
- und zum dritten die rechtlich-institutionelle Gewalt: "Der Fremde wird als Feind staatlich verfolgt. Wir haben den Mischtypus von sozialer Integration und rechtlicher Desintegration. Nicht die Gewalt selbst, nur die fremdenfeindliche Legitimation wird hier zum Teil unterstützt." (Bielefeld 1995, S. 55)

Rassismus kann daher nur erfolgreich bekämpft werden, wenn alle "Gesichter" erkannt werden. Bleiben einzelne Bereiche bzw. Ausformungen unbeachtet bzw. toleriert, werden Maßnahmen gegen rassistische Einstellungen – und damit auch gegen Rechtspopulismus – nur geringe Wirkung erzielen.

RAHMENBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH

Wie bereits dargelegt, ist in mehreren westeuropäischen Staaten ein Aufstieg moderner rechtsextremer Parteien zu verzeichnen. Manche dieser Parteien scheinen bezüglich ihres Wählerpotentials den Höhepunkt erreicht zu haben und stagnieren seit einiger Zeit, andere wiederum verzeichnen einen stetigen Anstieg und einen noch ungebremsen Zustrom von Befürwortern innerhalb der jeweiligen Bevölkerung. Diese modernen rechtsextremen Parteien sind aber nicht zu verwechseln mit der militanten und gewaltbereiten rechten Szene. Von ihr wissen sich die "Neuen Rechten" sehr wohl und auch öffentlich zu distanzieren und setzen ihrerseits auf Legalismus, d. h. sie beachten und beherrschen die Spielregeln eines demokratischen Staates und lassen sich wählen. Auf legale Weise erreichen sie somit Zutritt zu Institutionen und Gremien des Staates.

Allerdings: Rechtsextreme Parteien können die Wähler genauso wenig wie andere Parteien dazu zwingen, sie zu wählen. Der Zustrom, der ihnen von Seiten der Bevölkerungen in den letzten Jahren beschert wurde, ist also ein freiwilliger. Das bedeutet, daß diese Parteien ein "Angebot" im Sinne von Versprechungen, Zukunftsaussichten und Beteuerungen offerieren, das für die Menschen überaus attraktiv ist. Wie dieses "Angebot" vermittelt wird, nämlich mittels populistischer Agitation, wurde bereits geschildert; damit es jedoch anziehend und daher erfolgreich ist, muß es sich auf reale Einstellungen, Haltungen, Vorurteile und Mentalitäten des Publikums beziehen.

Mit der FPÖ unter Jörg Haider hat auch Österreich "seine" rechtspopulistisch-rechtsextreme Partei. Daß es sich bei der FPÖ um eine solche handelt, steht – zumindest in der Fachliteratur – außer Frage. Im Folgenden wird deshalb zuerst auf die politische und gesellschaftliche Stimmung in Österreich im letzten Jahrzehnt eingegangen, bevor danach die FPÖ im Mittelpunkt der Untersuchung steht.

Von den turbulenten achtziger Jahren ...

Vor allem das letzte Jahrzehnt, d. h. die Jahre von 1986 bis heute, ist geprägt von gravierenden Veränderungen in der politischen Landschaft Österreichs. Diese Veränderungen sind nicht nur in der Ausformung und Etablierung neuer Parteien zu sehen, die seit ihrem Bestehen auch über einen relativ konstanten Stimmenanteil bei Wahlen verfügen, sondern zudem in einem geänderten Wahlverhalten der Bevölkerung. Neben diesen Neuorientierungen im politischen Parteienspektrum zeigen sich aber auch tiefe Einschnitte im gesellschaftlichen Bewußtsein.

1986 war das Jahr jener Präsidentschaftswahl, in der – nach dem ersten Durchgang am 4. Mai mit den vier Kandidaten Kurt Waldheim, Kurt Steyrer, Freda Meissner-Blau und Otto Scrinzi – im zweiten Wahlgang am 8. Juni Kurt Waldheim als Sieger und somit als österreichischer Bundespräsident hervorging. Dieses Ergebnis beeinflusste die politische Stimmung im Land – und dies auch über die folgenden Jahre hinweg.

Der Wahl vorausgegangen war eine Kontroverse, die sowohl die politischen Parteien als auch die Bevölkerung in verschiedene Lager spaltete. Die Debatte um die Rolle bzw. Mitwisserschaft des Präsidentschaftskandidaten an den Verbrechen des Nationalsozialismus wurde extrem heftig geführt und polarisierte die unterschiedlichen Positionen. Bis zu dieser landesweiten Diskussion kann von einem kollektiven österreichischen Geschichtsbewußtsein gesprochen werden, das im Gefolge der Auseinandersetzungen eine erste Bruchstelle erfuhr und den bislang geltenden nationalen Konsens über die österreichische Beteiligung am nationalsozialistischen Regime erschütterte. (Botz 1989, S. 47ff.)

Eine unmittelbare Folge dieser Wahl war der Rücktritt von Fred Sinowatz, dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, als Bundeskanzler. Er reagierte damit auf die Vorwürfe, daß er bzw. die Sozialdemokratische Partei Österreichs diese "Kampagne" gegen Kurt Waldheim angezettelt hätten, um ihren eigenen Präsidentschaftskandidaten zu stärken.

Die SPÖ stellte zu dieser Zeit gemeinsam mit der Freiheitlichen Partei Österreichs in einer Kleinen Koalition die Regierung. Bundesparteiobmann der FPÖ war Norbert Steger, der am 13.9.1986 auf dem Innsbrucker Bundesparteitag in einer Kampfabstimmung Jörg Haider unterlag. Bereits zwei Tage später bekundete Bundeskanzler Franz Vranitzky öffentlich, daß eine Zusammenarbeit mit dem neuen Parteichef der FPÖ für die SPÖ nicht in Frage käme und informierte am 16.9. Bundespräsident Waldheim über das Ende der Koalition. Diese Entscheidung bedingte eine Neuwahl, die für Ende November des gleichen Jahres angesetzt wurde.

Bis zum Jahr 1986 kann für die politische Landschaft in Österreich das sogenannte Drei-Lager-Modell als Grundlage konstatiert werden, dessen Wurzeln in der Ersten Republik lagen und das nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der nationalsozialistischen Zeit in der Zweiten Republik mit der Vorrangstellung der beiden größten Parteien Österreichs, der SPÖ und der ÖVP, und der ungebrochenen Präsenz des "dritten Lagers", der FPÖ, seine Fortsetzung fand. (vgl. Pelinka 1985) Nun wurde diese besondere Stellung der Parteien durch das geänderte Wahlverhalten der Bevölkerung, aber auch durch ein erweitertes Wahlangebot in ersten Ansätzen aufgebrochen; bei der Nationalratswahl am 23. November 1986 – in der die SPÖ ihre relative Mehrheit verteidigte, aber von 90 Mandaten zehn Mandate abgeben mußte, die ÖVP ebenfalls Verluste von 81 auf 77 Mandate erlitt, und die Freiheitliche Partei Gewinne von sechs Mandaten auf insgesamt zwölf Mandate verzeichnen konnte – erreichten die Grünen 4,82 Prozent der Stimmen und konnten mit acht Mandaten in den Nationalrat einziehen. (Grüner Klub 1997, S. 16)

Mit dieser vierten Partei im Nationalrat etablierte sich eine Oppositionspartei, deren politische Arbeit bei einem Teil der Bevölkerung auf – bislang relativ stabile – Akzeptanz stieß. Doch auch die FPÖ hatte, wie das Wahlergebnis belegt, die Zeit nicht ungenützt verstreichen lassen. Ihr gelang es in relativ kurzer Zeit, ihr inneres und äußeres Erscheinungsbild zu ändern. So wurde sie zum einen von der "Freiheitlichen Partei Österreichs" zur "Haider-FPÖ", zum anderen hatte sie zu diesem Zeitpunkt bereits sowohl einige ihrer Feindbilder – die sogenannten "Altparteien"

– als auch einen Teil der neuen Wählerschicht, nämlich die Protestwähler, für sich "entdeckt": Mit Jörg Haider war "der Populist (...) an die Spitze der Partei getreten und damit aus ihr heraus. Die Partei verblaßte unter der medialen Ausstrahlung des 'Jörg, der sich was traut.'" (Morass/Reischenböck 1987, S. 40)

Als Folge dieser Nationalratswahl bildeten SPÖ und ÖVP eine Große Koalitionsregierung, wobei die SPÖ den Bundeskanzler und die ÖVP den Vizekanzler stellte. Die beiden "kleinen" Parteien FPÖ und Grüne definierten sich zu dieser Zeit als korrigierende und regulative Opposition; allerdings wurde bereits in den folgenden Jahren immer deutlicher, daß die FPÖ von jeglicher liberalen Einstellung abrückte und das Bekenntnis zu "Volk und Heimat" zunehmend in den Mittelpunkt ihrer Ideologie stellte.

Der Aufschwung der FPÖ hielt auch bei der nächsten Nationalratswahl am 7. Oktober 1990 an; die Gewinner hier waren wiederum die Oppositionsparteien, wobei die Grünen einen Zuwachs von zwei Mandaten, d. h. von acht auf zehn Mandate, verzeichnen konnten, die FPÖ jedoch von ursprünglich zehn Mandate 1986 Gewinne von 23 Mandaten erzielte und nun 33 Mandate hielt. (Die SPÖ konnte ihr Ergebnis von 80 Mandaten halten, während die ÖVP von 77 Mandaten 17 verlor und damit nun bei 60 Mandaten lag.) Die FPÖ hatte es geschafft, eine "Politik neuen Stils" zu kreieren, in der die "Politik der Masken, der Symbole und der Emotionen" (Plasser/Ullrich 1989, S. 161.) die wichtigsten Elemente waren. Der Trend zur Personalisierung der Politik – die "Politik der Masken" – hatte sich schon früher abzuzeichnen begonnen, fand aber in der medialen Ausstrahlungskraft des Parteiobmanns der FPÖ einen neuen "Gladiator". Nicht länger wurde das Publikum mit Sachthemen oder ausgefeilten Handlungsprogrammen "belästigt", laufende Fernsehkameras und Mikrofone boten die Möglichkeit, die Österreicher zu unterhalten. Zur Bewältigung komplexer Probleme genügten symbolische Kürzel scheinbar völlig, denn "Der Gladiator weiß, was von ihm erwartet wird, daß er alles darf, bloß eines nicht – sein Publikum langweilen." (Plasser 1987, S. 101) Und auch die Hinwendung zu Ressentiments und Vorurteilen, also die "Emotionalisierung der Politik", war dank Jörg Haider nicht mehr länger anderer Länder und Leute Sache.

Auch die Zeit von 1990 bis zur Nationalratswahl 1994 war politisch "turbulent". Gesellschaftspolitische Veränderungen folgten dabei weniger einer innerstaatlichen Logik, sondern lagen vielmehr in einem europäischen Trend: Nach der Öffnung der Berliner Mauer 1989, dem Zerfall der Sowjetunion und der Auflösung des ehemaligen Ostblocks zeigte sich in vielen europäischen Staaten einerseits das verstärkte Bemühen um eine europäische Union und andererseits das massive Auftreten von rassistischen und fremdenfeindlichen Gruppen, Organisationen und Parteien. Etliche westeuropäische Regierungsparteien reagierten auf diese Strömungen mit einer Verschärfung ihrer Asyl- und Flüchtlingsgesetzgebung.

... in die unsicheren Neunziger

Obwohl Österreich damals noch kein EU-Mitgliedsstaat war, erfolgte im März 1990 eine Revision der Ausländergesetzgebung. Dem vorausgegangen war das sogenannte "Schengener Abkommen", das bereits 1985 von der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und den Beneluxstaaten unterzeichnet worden war und 1990 durch ein Zusatzprotokoll erweitert wurde. Inhaltlich legte dieses Abkommen die Baupläne für "das gemeinsame Haus Europa" vor, das besagte, daß die Grenzbarrieren innerhalb Europas fallen, die Außengrenzen jedoch zunehmend undurchlässiger werden sollten. Europa wurde so zu einer "Festung, die sich nach außen zumauert und in ihrem Innern Klassen von Bürgern mit mehr, mit weniger und mit gar

keinen Rechten schafft." (Busch 1990, S. 51) Die TREVI-Staaten (Belgien, Holland, Luxemburg, BRD, Frankreich), die dieses Abkommen unterzeichnet hatten, beschlossen zudem, daß diese Bestimmungen schrittweise auf die übrigen Staaten der Europäischen Union (damals noch EG) ausgedehnt werden sollten, was besonders bezüglich des Erstasyland-Abkommens unmittelbare Konsequenzen für andere Staaten haben mußte.

Die Ausländergesetzgebung in Österreich wurde nun dahingehend geändert, daß der Druck, den man von "außen" erfuhr, sukzessive an Flüchtlinge und "Fremde" weitergegeben wurde: Am 1.6.1992 trat in Österreich ein neues Asylgesetz in Kraft, am 1.1.1993 ein neues Fremdenengesetz und am 1.7.1993 ein neues Aufenthaltsgesetz. Diese Gesetze und ihre oft unmenschliche Anwendung und Durchführung sind bis heute Anlaß zur Kritik von verschiedenen Seiten, so von UNHCR, Amnesty International und von Solidaritätsgruppen mit Flüchtlingen (z. B. SOS-Mitmensch), aber auch von katholischen Verbänden wie der Caritas. (König 1994, S. 6ff.)

Die Haltung zu und der Umgang mit "Anderen" fand auch in der Sprache ihren Ausdruck; die politischen Diskurse wurden mancherorts so "freizügig", daß von drohender "Überfremdung" und "Umvolkung" die Rede war. Sprachliche "Offenbarungen" dieser Art mehrten sich im Laufe der Zeit, wobei ihre "Sprecher" zumeist – jedoch nicht immer – aus den Reihen der FPÖ kamen. Doch auch die eigene Geschichte erfuhr mittels neuer Begrifflichkeiten einen völlig neuen Inhalt: In einer Sitzung im Kärntner Landtag im Juni 1991 gedachte der damalige Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider wehmütig der "ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches" (ORF-Abendjournal 1991), während FP-Landesobmann Gaugg im November 1993 dem Wort Nazi mit "neu, attraktiv, zielstrebig, ideenreich" (Grüner Klub 1997, S. 38) eine neue Bedeutung gab.

Zu Beginn des Jahres 1993 initiierte die Freiheitliche Partei ein "Ausländer-Volksbegehren"; die erreichten 417.000 Unterschriften lagen weit hinter den Erwartungen der FPÖ zurück und offenbarten jene ambivalente Stimmung, die das Land beherrschte: Einerseits war es – wieder – möglich, mit Rassismus Politik zu machen, andererseits wurden dadurch gesellschaftliche Gegenbewegungen mobilisiert, die an die Erste Republik erinnerten und verschiedene Protestplattformen wie z. B. "SOS-Mitmensch" und andere hervorbrachten.

Eine unmittelbare Konsequenz dieses "Ausländer-Volksbegehrens" war der Parteiaustritt Heide Schmidts aus der FPÖ am 4. Februar 1993. Gemeinsam mit vier Klubkollegen gründete die damalige Dritte Nationalratspräsidentin das Liberale Forum, das sich seither in ganz eindeutiger Weise von der FPÖ distanziert. Auch alle anderen im Parlament vertretenen Parteien bekräftigten ihre Distanz zur Freiheitlichen Partei und zum genannten "Volksbegehren"; trotzdem bleibt festzuhalten, daß die oben genannten Gesetze bezüglich Aufenthalt und Asyl in Österreich nicht von der FPÖ installiert wurden, sondern von einer SPÖ-ÖVP-Koalitionsregierung.

Was sich bereits vor Jahren abzuzeichnen begonnen hatte, nämlich daß SPÖ und ÖVP, die bis zur Wahl 1990 ca. 90 Prozent der Wähler hinter sich hatten und danach rund ein Drittel ihrer Wählerklientel verlor, fand 1994 seine Fortsetzung: Konnte anläßlich der Wiener Wahl 1991 noch konstatiert werden, daß die beiden Großparteien für ihre programmatische "Verschwommenheit bestraft worden (sind). Das heißt Polarisierung. Wenn man will, kann man das auch als Radikalisierung sehen" (Pelinka, zit. n. Czernin 1991, S. 18), so hatte sich die Situation nun drastisch verschärft: Zwar wurde mit dem Einzug des Liberalen Forums ins

Parlament eine pluralistische, differenzierte Parteienlandschaft ausgebildet, ein Prozeß, der in anderen westeuropäischen Ländern schon vor längerem stattgefunden hatte, doch ging dabei – erstmals seit 1945 – die Große Koalition (bis zur Nationalratswahl 1995) ihrer Zweidrittelmehrheit im Nationalrat verlustig.

... zu den mörderischen Mittneuzigern

Anfang der neunziger Jahre hatte eine "Radikalisierung" besonderer Art Österreich erfaßt und beunruhigte sowohl die politischen Eliten als auch die Bevölkerung. Seit Anfang Dezember 1993 wurden von der sogenannten "Bajuwarischen Befreiungsarmee" Briefbomben ausgeschickt, und zwar vorwiegend an Adressaten, die im Bereich der Flüchtlingshilfe tätig waren. Die Bekennerschreiben äußerten explizit, gegen wen sich diese Aktionen richteten, nämlich gegen die "Ausländerflut", "die Mischlinge" und "die Tschuschenregierung", denn "Deutschösterreich als 'Stammgebiet der Bajuwaren' soll zurückerobert und 'ethnisch gesäubert' werden". (Czernin et al. 1995, S. 29) Die dritte Briefbombenserie vom 4./5. Februar 1995 schließlich tötete vier österreichische Roma; damit hatte der rechtsextreme und rassistische Mord auch in Österreich Einzug gehalten. Nicht länger war nun das Argument möglich, daß es hierzulande "noch kein Solingen" geben würde.

Zwischen dem Verbrechen von Solingen und jenem von Oberwart bestehen jedoch einige gravierende Unterschiede, vor allem im Organisationsgrad der Mörder und in der nationalen Zugehörigkeit der Opfer – nämlich vom neuen Feindbild (Ausländer, Flüchtlinge) hin zum alten "völkischen" Feindbild ("Zigeuner"). Dieser Mord läßt sich nicht als eine "spontane", pogromähnliche Gewalttat gegen "Fremde" beschreiben, sondern gilt im Gegenteil als Akt eines durchdachten rassistischen Konzepts, das sich gegen "Andere" richtet.

Die Briefbombenattentate beherrschten – und in einer gegenwärtig etwas abgeschwächteren Form beherrschen – den gesellschaftlichen Diskurs. Die österreichische Bevölkerung verlangte diesbezüglich eine eindeutige Stellungnahme von politischer Seite, der auch von allen Parteien nachgekommen wurde. Der rechtsextreme und rassistisch motivierte Terror wurde einhellig verurteilt und als direkter Angriff auf den demokratischen Staat verstanden. Es gab in dieser Verurteilung nur eine Stimme, die aus dem Rahmen fiel, nämlich jene der FPÖ, deren Obmann Jörg Haider hinter den Bombenattentaten ein Netzwerk aus altkommunistischen Staaten und Neonazis sah, die die stabilen Verhältnisse in den demokratischen Ländern bekämpfen würden; der Obmann der burgenländischen FPÖ wiederum machte linke Aktivisten für den Bombenterror verantwortlich, deren Ziel es wäre, die Freiheitliche Partei Österreichs ins rechte Eck zu drängen. (Votzi 1995, S. 36ff.)

Die Ergebnisse der Nationalratswahl am 17. Dezember 1995 – nach gescheiterten Budgetverhandlungen zwischen den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP – überraschen nur auf den ersten Blick: Die "Gewinner" waren die SPÖ mit 6 Mandaten (auf insgesamt 71 Mandate) und die ÖVP mit einem Zuwachs von einem Mandat (auf 53 Mandate), während alle Oppositionsparteien Verluste zu verzeichnen hatten: Die FPÖ verlor zwei Mandate (auf nunmehr 40 Mandate), das LIF ein Mandat (auf zehn Mandate), und die Grünen mußten vier Mandate abgeben (nun insgesamt neun Mandate). (Grüner Klub 1997, S. 46) Der unaufhaltsame Aufstieg der FPÖ schien gestoppt; als eine Ursache dafür kann gelten, daß Jörg Haiders Bezeichnung "Straflager" für NS-Konzentrationslager im Februar 1995, nur wenige Tage nach dem Mord an den vier burgenländischen Roma, bzw. sein Auftritt vor SS-Veteranen am Ulrichsberg am 30. September 1995 nicht in Vergessenheit geraten waren und von einem

Großteil der österreichischen Bevölkerung auch nicht toleriert wurden.

Als eine weitere Ursache für dieses Ergebnis kann auch die deutliche Distanzierung von der FPÖ gesehen werden, die viele Wähler aktiv unterstützten. Ein solches Bekenntnis vom damaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky (das auch von seinem Nachfolger Viktor Klima abgegeben wurde) brachte der SPÖ Stimmengewinne, während die ÖVP gerade durch ihre schwankende und zögerliche Haltung in dieser Frage heftiger Kritik ausgesetzt war.

SCHÖNE NEUE WELT?

Die ideologischen Fundamente der FPÖ

Im Oktober 1980 präsentierte die FPÖ ihr neues "Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik", dem sie die "Thesen für eine freiheitliche Politik in Österreich und in Europa" (Reiter 1989, S. 5ff.) als Diskussionsbeitrag zur Seite stellte. Die Urfassung dieses Manifests stammte aus den frühen siebziger Jahren und war von Tassilo Broesigke verfaßt worden, die Neubearbeitung von 1980 oblag dem damaligen Kärntner Abgeordneten Jörg Haider.

Neben den freiheitlichen Grundpositionen – dem Schutz der persönlichen Freiheit, Freiheit für alle Menschen und dem Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft – wurde den Aufgaben einer freiheitlichen Politik, also Leistung, Verantwortung, Partnerschaft, soziale Marktwirtschaft und der Mensch in seiner Umwelt, breiter Raum gewidmet. Dem Bekenntnis zur "deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" kam dabei zentraler Stellenwert zu, wobei 1980 dezidiert festgehalten wurde, daß die Freiheitlichen "eine organisch gewachsene Gesellschaft (wollen), die von den natürlichen und sittlichen Bindungen an Gemeinschaften wie Familien, regionale Einheiten und das Volk getragen wird." (FPÖ 1980, S. 24) Die FPÖ berief sich zu dieser Zeit noch auf ihre ins 18. Jahrhundert zurückreichende liberale Tradition und sah sich den Gedanken der Aufklärung verpflichtet, die die Würde des Menschen, die Freiheit und Selbstbestimmung, aber auch die Wahl- und Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen betont.

Im August des Jahres 1983 gab der damalige FPÖ-Obmann Norbert Steger bekannt, daß bis Herbst des folgenden Jahres ein neues Parteiprogramm ausgearbeitet werden sollte. Mit Blick auf ehemalige Nazis und nationalsozialistisch eingestellte Wähler hielt er damals fest, daß "die FPÖ keinen ausgefransten rechten Rand habe" und daher auch auf "einschlägige Doppelmitgliedschaften" (Arbeiter-Zeitung, 17.8.1983) keinen Wert legen würde. Diese Erklärung kam auch deshalb zustande, weil die FPÖ seit Mai des Jahres 1983 mit der SPÖ eine Koalitionsregierung bildete, mit Fred Sinowatz als Bundeskanzler und Norbert Steger als Vizekanzler. Die FPÖ war in dieser Regierung mit drei Ministern und drei Staatssekretären vertreten.

Dem neuen Parteiprogramm, das schlußendlich im Jänner 1985 von den beiden Programmverantwortlichen Friedhelm Frischenschlager und Gerulf Stix präsentiert wurde, waren öffentliche Diskussionen vorausgegangen, in denen immer wieder hervorgehoben wurde, daß national und liberal keine Gegensätze wären, sondern vielmehr "siamesische Zwillinge". (Stix, zit. n. Neue Freie Zeitung, 20.9.1984, S. 9) Diese neue Grundsatzklärung der Freiheitlichen Partei zeichnete sich durch verschiedene inhaltliche "Klärungen" aus: Zum einen war das Bekenntnis zur "deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" nun insofern deutlicher formuliert, als daß dadurch die Eigenständigkeit Österreichs nicht mehr angezweifelt wurde;

zum anderen wurde betont, daß der Grundsatzkatalog "einer eher auf der rechten Seite stehenden liberalen Partei" entspräche. Im Kapitel "Gastarbeiter" wurde denn auch folglich eine restriktive Einwanderungspolitik gefordert, "weil unser dichtbesiedeltes Österreich grundsätzlich kein Einwanderungsland ist". (Lackner 1985)

Ende Jänner 1985 kam es zu jenem "historischen Handschlag" zwischen Frischenschlager und Walter Reder, der mehrere "Beben" auslöste. Der Verteidigungsminister war von SPÖ-Außenminister Gratz benachrichtigt worden, daß der ehemalige SS-Major Reder, der wegen Beteiligung an einem Massaker mit über eintausend Toten von den italienischen Behörden nach Kriegsende zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, freigelassen würde. Frischenschlager war für dessen Transport zuständig, übernahm aber zusätzlich die Aufgabe, Reder persönlich zu empfangen und ihn als "letzte(n) Kriegsteilnehmer aus Österreich", der "nun heimgekehrt ist" (Zeit im Bild, 24.1.1985), zu begrüßen.

Das Treffen Frischenschlager–Reder hatte Auswirkungen in verschiedene Richtungen: Zum einen wurde der Verteidigungsminister für sein Verhalten und für seine Aussagen sowohl von allen anderen Parteien als auch vom Großteil der Medien massiv kritisiert und die Forderung nach seinem Rücktritt gestellt, zum anderen wurden aber auch Überlegungen laut, ob die bestehende Koalition zwischen Sozialdemokratischer und Freiheitlicher Partei wirklich eine handlungsfähige Regierung darstellen würde. Die dritte Folgewirkung dieses "Handschlags" erscheint jedoch am gravierendsten: Zwar hatte es bereits schon früher Konflikte bzw. offene Meinungsverschiedenheiten zwischen Vizekanzler Steger und dem Abgeordneten Haider gegeben, doch nun spaltete ihre unterschiedliche Einstellung bezüglich des "Frischenschlager-Reder-Handschlags" auch die Freiheitliche Partei, und zwar in einen liberalen und einen nationalen Flügel. Was bis dahin vermutet werden konnte, wurde am 14. September des folgenden Jahres öffentlich: Jörg Haider kandidierte am 12. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ in Innsbruck gegen Norbert Steger und wurde neuer Bundesparteiohmann der FPÖ.

Diese Wahl Haiders zum Parteivorsitzenden, die von seinen Anhängern offen als "Putsch" tituliert wurde, änderte die Freiheitliche Partei Österreichs grundlegend. Es kam in der Folge nicht nur zu personellen Änderungen, sondern auch zu einem einschneidenden politischen Wandel, der die FPÖ immer weiter nach rechts trieb. Die Freiheitlichen suchten nicht länger nach einem liberalen Weg bzw. einem Weg der Mitte; die neuen "Shooting stars" der FPÖ waren jene Politiker, die Kontakte zum rechtsextremen Lager hatten und von dort programmatische Einstellungen bezogen. Die unmittelbaren Folgen der Bestellung Jörg Haiders zum neuen Bundesparteiohmann der FPÖ waren die Aufkündigung der Koalition von Seiten der SPÖ unter Bundeskanzler Franz Vranitzky und ein Vorziehen der Nationalratswahlen auf November 1986.

Mit Jörg Haider begann nun jener überaus "rasante" Aufstieg, der die Freiheitliche Partei zu der erfolgreichsten rechtspopulistischen Partei in Europa machte: Bei den Nationalratswahlen 1983 unter Norbert Steger noch mit einem Stimmenanteil von 4,8 Prozent ausgestattet, waren es 1986 unter Jörg Haider bereits 9,8 Prozent, im Jahr 1990 schon 16,6 Prozent und bei den Nationalratswahlen 1995 gar über 22 Prozent der Stimmen.

Die "neue Politik" der FPÖ manifestierte sich deutlich in der "Wiener Erklärung" aus dem Jahr 1992, die zur Gänze ein Referat von Bundesparteiohmann Haider wiedergibt. Diese "Wiener Erklärung" offenbarte die Vorstellung von Politik im Haiderschen Sinne. Neben dem Bekenntnis zur Einigung Europas in Form von Vereinigten Staaten, neben der Definition der Grundsätze

Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus und gelebtem Patriotismus war auch hier das Bekenntnis zur "deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" festgehalten, wobei in einer sprachlichen Umkehrung des bislang Üblichen nun gefragt wurde, was denn "die deutsche Geschichte ohne die Habsburger, ohne Maria Theresia, ohne Erzherzog Johann als dem ersten Präsidenten der Frankfurter Paulskirche" (FPÖ 1992, S. 8) wäre, um als Antwort auf die besondere österreichische Identität zu verweisen und die Eigenstaatlichkeit Österreichs als unvergleichbar und unverletzlich zu postulieren. Da es laut Haider jedoch hierzulande an "gesellschaftlicher Hygiene" fehlen würde, wurde die Beseitigung des Parteienproporz, die Abschaffung der verfassungsfremden Sozialpartnerschaft, die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft der Kammer und die Reduzierung des Gewerkschaftseinflusses im Wirtschaftsleben gefordert. (FPÖ 1992, S. 16ff.)

Diese "Politik der Erneuerung", für die Haider fortan stehen wollte, betraf die gesamte Gesellschaft und Politik. Nicht nur der Staat mit seinen Institutionen und seiner Bürokratie sollte reformiert werden, auch den Errungenschaften des österreichischen Sozial- und Wohlfahrtsstaates würde – sobald die FPÖ die Machtbefugnis dazu hätte – der "Kampf" angesagt. Aber ungeachtet dessen, daß die FPÖ eindeutig für Sozialabbau einstand und -steht und einen solchen auch eigenhändig unterstützt, kann sie ihr Vorgehen als "Politik des kleinen Mannes" darstellen. Jörg Haider ist ein Meister der Inszenierung, aber was er inszeniert, ist Schein. (Schui et al. 1997, S. S. 206) Er spricht von sozialer Gerechtigkeit, die ohne Eingriff des Staates – quasi von selbst – zustande kommt. Keinerlei Beschäftigungs-, Einkommens- oder Bildungspolitik stören und "belästigen" den Bürger und die Bürgerin, das Bild, das er entwirft, ist das "einer soziale Gerechtigkeit schaffenden 'Volksgemeinschaft ohne Klassenkampf und berufständische Auseinandersetzungen'." (Pfahl-Traugher 1994, S. 56)

Zentrales Anliegen der freiheitlichen Politik ist aber immer die sogenannte "Ausländerfrage". Im Gefolgschaftsauftrag, der die "Wiener Erklärung" abschließt, heißt es unter anderem, daß die FPÖ auf Distanz geht zu Rassismus und Antisemitismus. Gerade hier liegt aber ein großes Problem der FPÖ, denn wie will sie Distanz zu Rassismus herstellen, wenn sie den anderen Parteien vorwirft, "das Recht auf Heimat für alle Österreicher durch das Recht auf Landnahme durch nicht verkräftbare Einwanderung" zu untergraben, wobei dies alles nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun habe, "sondern schlicht und einfach mit der Verantwortung gegenüber den Inländern"? (FPÖ 1992, S. 13 u. S. 20) Und wie will Jörg Haider und seine FPÖ Distanz zu Antisemitismus herstellen, wenn sie großen Wert darauf legen zu betonen, daß sie "für eine FPÖ ohne braune Flecken (steht), aber auch ohne Angst vor einer ehrlichen Geschichtsbetrachtung, die der historischen Wahrheit und nicht der Wahrscheinlichkeit verpflichtet ist"? (FPÖ 1992, S. 22)

Seit der "Wiener Erklärung" von 1992 hat sich weder der Umgang der FPÖ mit Fremden und Ausländern noch die Art, wie Geschichte betrachtet und erklärt wird, geändert. Äußerungen der Freiheitlichen stellen immer öfter und immer stärker einen Konnex zwischen gesellschaftlichen Problemen und der ausländischen Bevölkerung her. Kriminalität und Fremde, Drogen und Ausländer, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Wohnungsnot und "die Anderen" – das sind für die FPÖ keine Widersprüchlichkeiten, sondern logische Erklärung für das Versagen der Regierungsparteien hinsichtlich einer "ordentlichen Einwanderungspolitik".

Diese verbalen Diskriminierungen anderer Menschen haben der FPÖ – wie das Europäische Parlament in seinem Bericht zu Rassismus und Ausländerfeindlichkeit 1991 ausdrücklich vermerkt – das Merkmal einer "am äußersten rechten Rand des österreichischen

Parteienspektrums" angesiedelten Gruppierung einbracht. Auch von anderer Seite wird diese Einschätzung bestätigt: Ein Vergleich der Umfragen zu Antisemitismus, die in der US-amerikanischen, deutschen, österreichischen und französischen Bevölkerung bis Mitte, teilweise bis Ende der achtziger Jahre durchgeführt wurden, gelangt zu dem Ergebnis, daß vor allem die größeren politischen Parteien antisemitische Argumentationen ablehnen; der politische Antisemitismus beschränkt sich – mit Ausnahme Österreichs, wie in der Studie dezidiert vermerkt wird! – auf politische Randgruppen, die wenig Gefolgschaft haben. (Weil 1990, S. 157)

Die am 11. Dezember 1993 verabschiedeten "Freiheitlichen Thesen zur politischen Erneuerung Österreichs" bieten, kennt man ältere Werke von Jörg Haider, inhaltlich nichts Neues. Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie werden nun ergänzt um den "Grundwert" Heimat, d. h. "die Wahrung der Interessen der Mehrheitsbevölkerung". Dabei ist es der Freiheitlichen Partei ein Anliegen, nicht als ausländerfeindlich oder nationalistisch zu gelten, denn ihr "positiver Patriotismus ist die Antwort auf übersteigerten Nationalismus und Chauvinismus einerseits und die Utopie einer multikulturellen Gesellschaft andererseits." (FPÖ 1993, S. 2) Im Sommer 1995 kommt es, was die Inhalte des Programms von 1993 betrifft, zu einigen Korrekturen. Statt "Deutschtümelei" steht nun die "Heimatbewegung" im Mittelpunkt, die österreichische Nation ist nicht länger "eine Mißgeburt", sondern eine Staatsnation, und die Zweite Republik soll laut Jörg Haider zu einer den Zeitansprüchen adäquaten "dritten Republik" reformiert werden, die teils an der französischen Präsidential- und teils an der schweizerischen Referendumsdemokratie orientiert ist.

All diese "Bekanntnisse" sind für die Freiheitliche Partei zwar Neuerungen – die teilweise sowohl in der Partei als auch, besonders was die "dritte Republik" betrifft, außerhalb auf heftige Kritik stoßen –, doch bedeutet dies noch nicht, daß es auch unumstößliche Grundsätze sind. Jörg Haider selbst betont immer wieder, daß er die Wähler mit allen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Mitteln gewinnen und mobilisieren möchte, deshalb überraschte es auch nur auf den ersten Blick, daß die FPÖ 1997 ihre Zuneigung zum Christentum entdeckte. Dieses neue Programm, das eigentlich für Herbst 1997 angekündigt war, der Öffentlichkeit jedoch erst im Jänner 1998 präsentiert wurde, sieht die "Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes" nur durch ein Christentum gewährleistet, "das seine Werte verteidigt", gilt es heutzutage doch – anscheinend auch und besonders in Österreich –, den "zunehmende(n) Fundamentalismus eines radikalen Islams und dessen Vordringen nach Europa" (FPÖ 1998, S. 13) zu stoppen. Die christlichen Kirchen werden von den Freiheitlichen zur Bruderschaft aufgerufen, wenn es darum geht, die Heimat vor ungezügelter Zuwanderung und "multikulturellen Experimenten", die mutwillig gesellschaftliche Konflikte schüren, zu schützen. (FPÖ 1998, S. 11)

Die freiheitlichen Fundamente variieren zwar in der Schattierung, haben sich aber in ihrer Substanz im Grunde nur wenig verändert. Der Österreichpatriotismus, der im neuen Parteiprogramm lautstark eingefordert wird, bedeutet keine grundsätzliche Neuerung, und auch die vehemente Verteidigung der Demokratie stellt keine Novität dar. Es ist jedoch gerade dieser Punkt, der beängstigen sollte, denn "das freiheitliche, das demokratische, das rechtsstaatliche, das republikanische, das gewaltenteilende und das bundesstaatliche Verfassungsprinzip bedürfen einer Erneuerung, Ausweitung und Fortentwicklung". Alles muß deutlich stärker "von der Idee der Bürgerrechte durchdrungen werden", ein Anliegen, das als "die vornehmste Aufgabe der Freiheitlichen Bewegung" beschrieben wird, damit sich die Bürger endgültig vom "bürokratischen Obrigkeitsstaat" ab- und einem "freiheitlichen Rechtsstaat" zuwenden können.

(FPÖ 1998, S. 20)

Demokratie ist aber im freiheitlichen Verständnis niemals die Herrschaft des Volkes, sondern gilt als die Befreiung der Gesellschaft vom Zwang demokratischer Entscheidungen. Das "Volk" benötigt diese Entscheidungsmöglichkeiten nicht; nach Ansicht der FPÖ genügt es vollauf, eine starke politische Führungselite heranzubilden, die genügend Autorität und Macht besitzt, um dem "kleinen Mann" diese "lästigen" Pflichten und Aufgaben abzunehmen. Die FPÖ schickt sich also an, "die Demokratie durch weniger Demokratie (zu) retten" (Schui et al. 1997, S. 216), und wundert sich, wenn sie dem Vorwurf ausgesetzt ist, das "Ideal" eines autoritären Staates mit einer Führerfigur an der Spitze zu propagieren.

Die thematischen Schwerpunkte der FPÖ entlarven sich selbst im Umgang mit der Sprache. Die Begrifflichkeiten und die Benennungen von Situationen und Menschen – das ist es auch, was der FPÖ unter Jörg Haider den Stempel der rechtsextremen und rechtspopulistischen Partei aufgedrückt hat. An Stelle einer vernünftigen, sachlichen Auseinandersetzung erfolgt hier die Beschimpfung, Verleumdung, Herabsetzung und Schmähung politischer Gegner; die Sprache wird dabei "zum Kampfinstrument, das Hemmschwellen abbaut und Gewalt legitimiert, bevor mit der Drohung der letzte Schritt nonverbaler Konfliktaustragung getan wird." (Scharsach 1995, S. 233) Hinter dieser Sprache liegt nicht nur Absicht und System – denn es gilt, die verschiedenen Wählerschichten anzusprechen –; die Sprache, die Jörg Haider liebt und "seine" FPÖ übernimmt, offenbart immer auch ein ganz bestimmtes Menschen- und Weltbild.

Front National, Lega Nord, Alleanza Nazionale und Co.

In den achtziger Jahren kam es, wie gesagt, in vielen Ländern Westeuropas zu einem – meist überraschenden – Aufschwung rechter und rechtsextremer Parteien. Die erste Gruppierung, die mit populistischen Agitationsmethoden beachtliche Wahlerfolge erzielte, war der Front National (FN) in Frankreich. Sein "Auftauchen" zu Beginn der achtziger Jahre war auch deshalb überraschend, da der Front National in dieser Form bereits seit mehr als zehn Jahren bestanden hatte, bislang jedoch politisch völlig bedeutungslos gewesen war.

Nun aber hatte die Partei einen neuen Vorsitzenden, der nicht nur genau wußte, was er wollte, sondern auch, wie er es "vermitteln" konnte: Jean-Marie Le Pen führte den Front National aus dem Tief einer unter einem Prozent liegenden Gruppierung zu 11 Prozent der Stimmen bei den Europa-Wahlen 1984 und zu rund 15 Prozent bei den folgenden Präsidentschaftswahlen 1988. Auf einem Niveau von ca. 15 Prozent – auch bei Parlamentswahlen – pendelte sich der FN in der Folge ein; 1993 konnte die Partei mit über vier Millionen Wählern, mit ca. 50.000 Mitgliedern und rund 2.000 Abgeordneten in den regionalen und lokalen französischen Parlamenten denn auch behaupten, eine etablierte Wahlpartei zu sein, die nun nicht mehr länger als Protestpartei agieren wollte, sondern eine "zum Regieren berufene Bewegung" (Christadler 1995, S. 291ff.) wäre.

Auch die Parlamentswahlen von 1995 und 1997 zeigten, daß sowohl das Charisma von Jean-Marie Le Pen als auch seine politische Agitation Anklang fanden: In einer offenen Kampfansage an die Regierung, der sogenannten "Viererbande", wie sie Le Pen zu titulieren pflegte, die für den Verfall Frankreichs und für jede Misere schlechthin verantwortlich wäre, wurde wiederholt betont, daß die mannigfaltigen Bedrohungen des Landes durch die Einwanderer und Asylanten, aber auch durch Arbeitslosigkeit und Geburtenrückgang nur durch den Front National zu stoppen wären. Er allein wäre imstande, die nationale Identität zu verteidigen und den Bürgern

Sicherheit und Freiheit zu garantieren.

Gegenwärtig ist der Front National im politischen System Frankreichs fest verankert. Er findet vor allem in Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern, bei der Altersgruppe zwischen 35- bis 49-jährigen – verstärkt nun auch bei jüngeren Menschen – und bei der männlichen Bevölkerung überdurchschnittliche Zustimmung. Ursprünglich setzte sich seine "Klientel" überwiegend aus der unteren Mittelschicht, d. h. Arbeiter, Kleinhändler, Kleinunternehmer und Handwerker, zusammen, ab Mitte der achtziger Jahre war aber eine Ausdehnung in alle Richtungen zu beobachten. Front National-Wähler stammen heute aus allen sozialen Schichten, und es wäre falsch zu behaupten, daß darunter unverhältnismäßig viele sozial Benachteiligte wären. (Pfahl-Traughber 1994, S. 43f.)

Obwohl Le Pen auf mehr oder minder starke Ablehnung der anderen Parteien stößt, hat er es vermocht, die Stimmung im Land zu verändern. Sein Einfluß geht gegenwärtig weit über seine Wählerschaft hinaus; ein Viertel der Franzosen im Wahlalter äußert Übereinstimmung mit seinen Ideen, "wobei der Anteil auf 28 Prozent ansteigt, wenn es um Fragen des Asyls und der Einwanderung geht, auf 36 Prozent, wo es um Fragen von Ruhe und Ordnung geht und sogar auf 41 Prozent bei der Verteidigung traditioneller Werte". (Mayer 1996, S. 391) In jüngster Zeit stößt Le Pen jedoch auf massiven Widerstand – einmal von Seiten eines Teils der Bevölkerung, der gegen die rassistische Politik des Front National aufmarschiert, zum anderen auch von Seiten des Präsidenten Jacques Chirac, der die anderen Parteien zur Distanzierung von den Le Penschen "Werten" aufgerufen hat.

Die Lega Nord in Italien weist sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten zum Front National auf. Auch sie wurde bereits in den – allerdings späten – siebziger Jahren gegründet, um danach ein Jahrzehnt lang in politischer Bedeutungslosigkeit zu verharren. Erst mit dem Auftreten von Umberto Bossi Ende der achtziger Jahre gelang es der Lega, Wahlerfolge zu erzielen. Heute ist sie eine der erfolgreichsten Wahlparteien Norditaliens, wobei ihre Hochburgen besonders in den Städten zu finden sind. Gemäß ihrer Ideologie, den reichen, hart arbeitenden und "besseren" Teil Italiens, nämlich den Norden, vom Rest des Landes abzutrennen, ist es auch nicht verwunderlich, daß sie nur mäßige Zustimmung und Unterstützung in Mittelitalien und so gut wie gar keine in Süditalien findet.

Die ursprüngliche Wählerschaft der Lega Nord war überwiegend männlich, in der Provinz beheimatet, jung und durchschnittlich gebildet; mit dem Aufschwung der Partei und dem Wandel der Themen hin zu einer Regierungsbereitschaft änderte sich auch hier das Publikum. Allerdings gehört die Mehrheit der Lega-Wähler noch immer der Mittelklasse an, d. h. sie verfügt über ein gutes Ausbildungsniveau, einen sicheren Arbeitsplatz und ein im italienischen Vergleich überdurchschnittlich hohes Wohlstandsniveau. (Schmidtke 1994, S. 97) Lega Nord-Wähler sind also – gleich den Front National-Wählern – keine sogenannten "Modernisierungsoffer".

Die unumschränkte Führungspersönlichkeit der Lega ist Umberto Bossi. Auf ihn ist es zurückzuführen, daß die einzelnen lokalen Gruppierungen Norditaliens zur Lega Nord geeint werden konnten und sowohl der administrative Bereich der Partei als auch der politische Apparat selbst eine Professionalisierung erfuhr. Neben Bossi gibt es zwar einen kleinen Führungskreis, doch der ist – wie bei allen rechtspopulistischen Parteien – strengstens hierarchisiert und strukturiert und auf Gedeih und Verderb vom Willen des Parteivorstandes abhängig.

Auch die Lega sieht mannigfaltige Gefahren und Bedrohungen auf die Bürger Norditaliens zukommen. Hier sind unter anderem zu nennen: der von Rom ausgehende Zentralismus, der den Norden massiv einschränkt, weshalb die Ablösung von Rom und die Selbstbestimmung der Regionen eine der wesentlichen Forderungen ist; die "Überfremdung" – ursprünglich des Nordens durch die Südtaliener (!), im Laufe der Jahre aber ausgedehnt auf die "Überfremdung der Nation" durch Zuwanderer, Asylanten etc.; den "verschwenderischen und von der südtalientischen Mentalität befallenen römischen Staatsapparat" (Schmidtke 1994, S. 92), der sich durch eine "mafiose Praxis" auszeichnet und deshalb energisch bekämpft werden muß; und schließlich der zerstörerische Einfluß des Staates auf alle Bereiche, weshalb auch eine strikt marktwirtschaftliche Ordnung propagiert wird.

In der letzten Zeit ist es um die Lega Nord und um Umberto Bossi etwas stiller geworden. Zu Beginn der neunziger Jahre hatte sie noch gemeinsam mit der Alleanza Nazionale (AN) von Gianfranco Fini und der Forza Italia (FI) von Silvio Berlusconi ein rechtes Wahlbündnis gebildet, das es schaffte, die Linke Italiens bei den Wahlen 1994 zu übertrumpfen und gemeinsam die Regierung unter Berlusconi zu stellen. (Auf die Forza Italia wird an dieser Stelle nicht näher eingegangen; erwähnenswert scheint nur der Umstand, daß Berlusconi diese Partei aus reinem Eigeninteresse gegründet hatte, da er – zum Wohle seines hochverschuldeten Medienimperiums – den Sieg der kartellfeindlichen Linken verhindern wollte; vgl. Falkenberg 1995, S. 307) Zwar stellte das Bündnis FI-AN-Lega Nord die Regierung, doch war dies für Bossi selbst kein eigentlicher Triumph: Neben dem Verlust der bequemen Oppositionsrolle war auch der Verlust von Wählern vor allem aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu zu beklagen, die zur Partei Berlusconis wechselten. 1994 kündigte Umberto Bossi dieser Regierung denn auch die Zusammenarbeit auf; allerdings konnten er und seine Partei – trotz der gewohnten populistischen und rassistischen Agitation – bislang nicht mehr an frühere Erfolge anschließen.

Der Movimento Sociale Italiano (MSI), die Vorläufer-Partei der Alleanza Nazionale, kann auf eine lange Geschichte und Tradition zurückblicken. Seit den fünfziger Jahren war er einer der bedeutendsten und beständigsten Gruppierungen innerhalb der extremen Rechten Italiens. Der MSI, der sich stets zu seiner neofaschistischen Ideologie bekannte, blieb allerdings bis zu den Parlamentswahlen 1992 eine marginale Größe in der italienischen Politik und erreichte erst mit der Umbenennung in Alleanza Nazionale (AN) anlässlich des Wahlbündnisses mit der Forza Italia und der Lega Nord 1994 unter Gianfranco Fini überraschende Zustimmung und wurde bei diesen vorgezogenen Neuwahlen mit 13,5 Prozent zur drittstärksten Partei Italiens.

Dieser Erfolg der AN schockierte; François Mitterrand warnte vor dem "Risiko Italien", der amerikanische Sprachwissenschaftler Noam Chomsky sprach von Italiens "friendly fascism" und der Ministerrat der Europäischen Union ging auf Distanz zum italienischen "neofaschistischen" Außenminister. (Merkel 1996, S. 406)

Auch bei Kommunalwahlen verzeichnete die Alleanza Nazionale fortan Erfolge; bei der Bürgermeisterwahl in Neapel erreichte Alessandra Mussolini, die Enkelin des Duce, rund 44 Prozent der Stimmen, bei der Bürgermeisterwahl in Rom unterlag Fini mit fast 47 Prozent der Stimmen nur knapp dem Gegenkandidaten. Auch 1996 war für die AN ein erfolgreiches Jahr; bei vorgezogenen Parlamentswahlen konnte sie ihren Stimmenanteil auf 15,7 Prozent ausbauen.

Innerhalb kürzester Zeit konnte die Alleanza Nazionale also beachtlichen Ergebnisse

vorweisen. Es stellt sich daher die Frage, wie diese "plötzlichen" Erfolge zu erklären sind und woher denn die Wähler kamen, die die AN ja bisher nicht unterstützt hatten. An erster Stelle ist hier der Zusammenbruch der Democrazia Cristiana zu nennen: Ihre konservative, christdemokratische Wählerschaft war seitdem auf der Suche nach einer neuen politischen Vertretung, und diese "Lücke" konnte die Alleanza Nazionale mit der Betonung der Werte Nation, Familie und das Recht des ungeborenen Lebens füllen.

Hinzu kam die besondere – und vor allem medial genutzte – Ausstrahlung des Parteivorsitzenden Gianfranco Fini, der die gesamte Politik der AN auf seine Person ummünzte. Mit der Betonung der nationalen Einheit und der Erhaltung eines starken zentralistischen Staates gelang es ihm, sowohl die Protestwähler als auch die politischen Stimmen rechts der Mitte auf sich zu vereinigen. Es verwundert deshalb nur wenig, daß die Wahlhochburgen der Alleanza Nazionale in jenen süditalienischen Städte liegen, in denen ein Großteil der sozial marginalisierten Schichten von staatlichen Finanztransfers abhängig sind.

An diesem Punkt – dem starken Zentralstaat – schieden sich aber auch die Geister des rechten Regierungsbündnisses zwischen Forza Italia, Lega Nord und AN. War Berlusconi ursprüngliche Strategie die, daß der Nationalismus der Alleanza ein Gegengewicht zum regionalistischen Radikalismus der Lega bilden sollte, so waren doch die Ziele von AN und Lega Nord zu verschieden, um ein dauerhaftes Bündnis zu gewähren. Allerdings war – auch das muß man sehen – die Alleanza der große "Gewinner" dieser Verbindung, denn sie "erschien den Medien und der Öffentlichkeit als der ruhende und verlässliche Pol dieser Regierung. Die konventionell solide Regierungspolitik der Nationalen Allianz im Jahre 1994 erwies sich als der vierte und letzte Schritt zur Legitimierung als regierungsfähiger Partei." (Merkel 1996, S. 415) Dieses neue Image einer nationalkonservativen Kraft hat der Alleanza zwar Stimmen gebracht, ändert aber nichts an der Tatsache, daß sich die AN bis heute nicht von ihrer neofaschistischen Vergangenheit distanziert hat. Eine solche Distanzierung ist auch nicht zu erwarten, würde es doch bedeuten, daß sich ein großer Teil der Wählerschaft von der Partei abspaltet.

Was nun sind die gravierendsten Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zwischen dem Front National, der Lega Nord, der Alleanza Nazionale und der Freiheitlichen Partei Österreichs? Von ihrer politischen Herkunft ausgehend, gibt es nur wenige Gemeinsamkeiten. Alle genannten Gruppierungen stellten im jeweiligen Land über lange Zeit hinweg eine nur marginale politische Kraft dar. Während der FN als Sammelbecken für verschiedene, traditionell rechtsextreme Gruppen entstand und intern stets mit inhaltlichen Differenzen konfrontiert war, bezog sich die Lega – wiewohl ebenfalls aus regionalen Zusammenschlüssen entstanden – von Beginn an auf klar definierte Ziele. Die AN und die FPÖ wiederum können auf eine lange Parteigeschichte zurückblicken, wobei die FPÖ die strukturierteste Organisation besaß und bereits seit den späten vierziger Jahren als Wahlpartei im politischen System Österreichs integriert war.

Von der politischen Entwicklung her weisen diese Parteien jedoch offensichtliche Gemeinsamkeiten auf. Sie alle zeichnen sich dadurch aus, daß sie einen Wechsel an der Führungsspitze und eine Hinwendung zu rechtspopulistischer Agitation durchliefen, was ihnen in relativ kurzer Zeit große Erfolge bescherte. Die neuen Vorsitzenden sind "Führerfiguren" in dem Sinne, daß sie eine über ihre eigentliche Funktion hinausgehende Bedeutung und Rolle einfordern und ihnen diese von ihrem – stets sehr engen – Führungskreis auch zugestanden wird. Der Mangel an innerparteilicher Demokratie ist sowohl beim Front National, bei der Lega Nord, der Alleanza Nazionale als auch bei der FPÖ offenkundig. Diese autoritäre Parteiführung

bedingt auch, daß um den jeweiligen Vorsitzenden systematisch ein Personenkult aufgebaut wird und die Partei im Bewußtsein der Öffentlichkeit ihre angestammte Bezeichnung verliert und zur Haider-FPÖ, zur Le Pen-Partei etc. "mutiert".

Obwohl alle genannten Gruppierungen in vielen gesellschaftspolitisch relevanten Fragen kein klar umrissenes Konzept aufweisen können und ihre Positionierung in gewissen Bereichen fast den Charakter der "Unberechenbarkeit" trägt, zeigen sich doch Übereinstimmungen bei ganz spezifischen Themen, so zum Beispiel beim Appell an eine Wir-Identität, die mittels "innerer" Feinde – die jeweilige politische Elite eines Staates – und "äußerer" Feinde – Ausländer, Zuwanderer etc. – hergestellt wird. Dazu gehört auch der Anspruch dieser Parteien, die alleinigen Vertreter des gesamten "Volkes" und insbesondere des "kleinen Mannes" zu sein. Vermittelt werden diese Inhalte durch eine Agitationsmethode, in der, wie bereits festgestellt, der Sprache eine außergewöhnliche Bedeutung zukommt.

Auch in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gibt es einige Parallelen zwischen dem Front National, der Lega Nord und der Freiheitlichen Partei Österreichs. Zwar lehnen sie alle – mit Ausnahme der AN – eine Orientierung an Systemen wie dem italienischen Faschismus oder dem deutschen Nationalsozialismus ab, doch "kokettieren" sie mit gewissen Inhalten. Die Gründe dafür mögen wahltaktischer Natur sein, da bei allen Parteien ein Teil der Wählerschaft mit diesen Systemen sympathisiert; die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist aber auch landesspezifisch zu sehen, denn wenn auch Le Pen für relativierende Aussagen bezüglich der Verbrechen des Nationalsozialismus bekannt ist, so sind diese weder für das Selbstverständnis des Front National noch für die französischen Wähler von Bedeutung. Die FPÖ hingegen hat auf Grund der Besonderheit der österreichischen und ihrer eigenen Geschichte das doppelte Problem, sich einerseits in der Öffentlichkeit von Inhalten des Nationalsozialismus zu distanzieren, andererseits aber das damit sympathisierende Publikum nicht zu vergraulen.

Wenn man nun fragt, wie die einzelnen Parteien zueinander stehen, so kann zwischen ihnen – obgleich sie die gleiche Agitationstechnik anwenden und oftmals dieselben Inhalte propagieren – keine länderübergreifende Zusammenarbeit festgestellt werden. Sie alle sind so sehr auf die Nation fixiert, daß ein etwaiges Bündnis der eigenen Ideologie widersprechen würde. Zwar gab es vereinzelte Versuche einer Zusammenarbeit zwischen der FPÖ und dem national-liberalen Flügel der FDP bzw. inoffizielle Kontakte zu Vertretern der Lega Nord, doch scheiterten diese entweder an inhaltlichen Differenzen oder aus wahltaktischen Überlegungen, da die Parteien, um weiterhin erfolgreich zu sein, nicht in den Ruf kommen dürfen, mit anerkannt rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppierungen in enger Verbindung zu stehen. (Schmidtke 1994, S. 132f.)

Die größte Gemeinsamkeit des Front National, der Lega Nord, der Alleanza Nazionale und der Freiheitlichen Partei Österreichs ist aber ihr aller Erfolg bei den Wählern. Und obwohl Umfragen in den Bevölkerungen der einzelnen Staaten gezeigt haben, daß das Verhältnis zum jeweiligen Vorsitzenden der rechtspopulistischen Partei äußerst zwiespältig ist, läßt sich der Erfolg nur damit erklären, "daß das rationale Wissen um die Gefährlichkeit dieses Politikers bei nicht wenigen Menschen mit einer klammheimlichen Sympathie einherging und bei den meisten mit dem Gefühl, in Wirklichkeit werde es schon nicht so schlimm kommen." (Januschek 1994, S. 284f.)

Rechtspopulisten und ihre Politik einzudämmen bzw. zu stoppen, wird also nur dann möglich

sein, wenn man ihnen entgegentritt. Allerdings hat sich in allen Ländern mit rechtspopulistischen Parteien gezeigt, daß eine eindeutige Distanzierung von der Bevölkerung nur dann angenommen wird, wenn diese Distanzierung über ein verbales Bekenntnis hinausgeht und gewisse Inhalte einschließt. Weder die Übernahme rechtspopulistischer Forderungen noch deren Agitation wird "honoriert"; darin liegt auch zugleich eine Möglichkeit, den europäischen Rechtsextremismus zu bekämpfen: Wenn bestimmte Themen und Politikfelder ihre Emotionalisierung, mit der sie von den Rechtspopulisten besetzt wurden, verlieren, gehen sie auch den rechtspopulistischen Parteien verloren. Aber auch hier wird ein – wenngleich sachliches – Bekenntnis nicht ausreichen, um die Wähler zu überzeugen; gefragt sind daher Gegenkonzepte in Form von konkreten politischen Handlungen und Programmen: "Mit anderen Worten, nicht der populistische Akteur, sondern die populistische Situation muß Objekt der Gegenstrategien sein." (Pfahl-Traughber 1994, S. 179)

Anmerkungen

¹ Wie Th. W. Adorno festhält, besagt der kategorische Imperativ, daß nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus die Menschen "ihr Denken und Handeln so einzurichten (haben), daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe." In: Th. W. Adorno 1992, S. 358.

² Vgl. dazu Artikel 14 der Studie "UNESCO Statement on Race" (1950, S. 4), in dem es heißt: "The biological fact of race and the myth of 'race' should be distinguished. For all practical social purposes 'race' is not so much a biological phenomenon as a social myth".

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik. Frankfurt/M. 1992/7. Auflage.
- Balibar, Etienne: "Es gibt keinen Staat in Europa". Rassismus und Politik im heutigen Europa. In (Hg.: Balibar, Etienne): Die Grenzen der Demokratie. Hamburg 1993a, S. 137–156.
- Balibar, Etienne: Rassismus, Nationalismus und Staat. In (Hg.: Balibar, Etienne): Die Grenzen der Demokratie. Hamburg 1993b, S. 62–76.
- Bailer-Galanda, Brigitte: Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik. Wien 1995.
- Bailer-Galanda, Brigitte: FPÖ, F-Bewegung und Neue Rechte. In: ÖZP 3/1995, S. 263–274.
- Bailer-Galanda Brigitte/Neugebauer, Wolfgang: Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In (Hg.: DÖW): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993/2. Aufl., S. 327-428.
- Bastian, Till: Zivilcourage. Von der Banalität des Guten. Hamburg, 1996.
- Bauböck, Rainer/Melchior, Josef: Grundrechte in der Europäischen Union. Ein Konferenzbericht. Wien 1997.
- Baum, Thomas: Gesellschaft ohne Perspektive – Zeit der Blender und Verführer. In (Hg.: Nemeth, Dietmar/Blumenberger, Walter): Rechts um? Zum neuen Rechtsradikalismus in Österreich. Linz 1993, S. 6–13.
- Bauman, Zygmunt: Moderne und Ambivalenz. In (Hg.: Bielefeld, Uli): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg 1992/2. Auflage, S. 23–49.
- Bielefeld, Uli: Fremde, Freunde, Feinde. Zur schwachen Stabilität politischer Vergesellschaftung. In (Hg.: BM f.WFK): Fremdenfeindlichkeit. Konflikte um die groben Unterschiede. Wien 1995, S. 41–56.
- Botz, Gerhard: Österreichs verborgene Nazi-Vergangenheit und der Fall Waldheim. In: Forum Okt./Nov. 1989, S. 47–55.
- Breitling, Rupert: Populismus. In (Hg.: Pelinka, Anton): Populismus in Österreich. Wien 1987, S. 26–34.
- Brumlik, Micha: Geistesaristokraten und Einpunktegalitaristen – Ein anti-populistisches Pamphlet. In (Hg.: Dubiel, Helmut): Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M. 1986, S. 248–277.
- Busch, Brigitte: Österreichs Fremdenpolitik im ausländerfeindlichen Harmonisierungstrend. Mauerbau und Rassismus rund um die "Festung Europa". In (Hg.: Fischer, Gero/Gstettner, Peter): "Am Kärntner Wesen könnte diese Republik genesen". An den rechten Rand Europas: Jörg Haiders "Erneuerungspolitik". Klagenfurt 1990, S. 51.
- Czernin, Hubertus: "Die Braunen kommen aus den Schlupflöchern". In: Profil Nr. 8/18. Februar 1985, S. 10ff.
- Czernin, Hubertus: Ausländerrein. In: Profil, Nr. 32/9. August 1993, S. 11.
- Czernin, Hubertus et al.: "Das ist die Dritte Republik". In: Profil, Nr. 46/11. November 1991, S. 18.
- Czernin, Hubertus et al.: Phantom des Abendlandes. In: Profil, Nr. 25/19. Juni 1995, S. 29.
- Christadler, Marieluise: Der Front National. Vom Außenseiter zur etablierten Protestpartei. In: ÖZP 3/1995, S. 291–304.

- Denz, Hermann: Das "Ausländervolksbegehren 1993". In: (Hg.: Nemeth, Dietmar/Blumenberger, Walter): Rechts um? Zum neuen Rechtsradikalismus in Österreich. Linz 1993, S. 14–32.
- Der Fall Reder, in: Zeit im Bild I, 24.1.1985.
- Dokumentationsarchiv des österr. Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993/2. Auflage.
- Dubiel, Helmut: Das Gespenst des Populismus. In (Hg.: Dubiel, Helmut): Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M. 1986, S. 33–50.
- Epstein, Simon: Extreme Right Electoral Upsurges in Western Europe: The 1984–1995 Wave as Compared with the Previous Ones. Hebrew University of Jerusalem 1996.
- Ernst, Werner W.: Zu einer Theorie des Populismus. In (Hg.: Pelinka, Anton): Populismus in Österreich. Wien 1987, S. 10–25.
- Fabris, Hans Heinz: Zwischen Politik und Politikinszenierung: Mediendiskurse der achtziger Jahre. In: ÖZP 2/1989, S. 119–128
- Falkenberg, Susanne: Gesellschaftlicher Wandel und politischer Protest. Front National und Lega Nord im Vergleich. In: ÖZP 3/1995, S. 305–316.
- Falter, Jürgen W./Jaschke, Hans-Gerd/Winkler, Jürgen R. (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996.
- Fischer, Gero/Gstettner, Peter (Hg.): "Am Kärntner Wesen könnte diese Republik genesen". An den rechten Rand Europas: Jörg Haiders "Erneuerungspolitik". Klagenfurt 1990.
- FPÖ (Hg.): Das freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik. In: Freie Argumente Nr. 4/Okt. 1980, S. 24ff.
- FPÖ (Hg.): "Wiener Erklärung zur Situation von Staat und Gesellschaft am Vorabend der Beitrittsentscheidung über ein gemeinsames Europa". Referat von Dr. Jörg Haider. Wien 7. April 1992.
- FPÖ (Hg.): Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Beschlossen am ao Bundesparteitag im Design Center Linz am 30. Okt. 1997. Wien 1998.
- FPÖ (Hg.): Protokoll einer Vernaderung. Am Beispiel der Waffen-SS Diskussion. Wien 1996.
- Fröchling, Helmut/Gessenharter, Wolfgang: Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. In: ÖZP 3/1995, S. 275–290.
- Gärtner, Reinhold: Rechtsextremismus und neue Rechte. In: ÖZP 3/1995, S. 253–261.
- Goldmann, Harald/Krall, Hannes/Ottomeyer, Klaus: Jörg Haider und sein Publikum. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Klagenfurt 1992.
- Hall, Stuart: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In (Hg.: Dubiel, Helmut): Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M. 1986, S. 84–105.
- Haider, Jörg: Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend. Wien 1997.
- "Heidelberger Manifest gegen Überfremdung", in: Aula. Freie Monatsschrift für Kultur, Wirtschaft, Politik 6/1982, S. 12.
- Herz, Thomas A.: Rechtsradikalismus und die "Basiserzählung". In (Hg.: Falter, Jürgen W. et al.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996, S. 485–501.
- Holzer, Willibald I.: Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In (Hg.: DÖW): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1993/2. Auflage, S. 11–96.

- Husbands, Christopher T.: Die Anhängerschaft des Rechtsextremismus in Westeuropa. In (Hg.: Falter, Jürgen W. et al.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996, S. 313–329.
- Januscek, Franz: Jörg Haider und der rechtspopulistische Diskurs in Österreich. Essay. In (Hg.: Tributsch, Gudmund): Schlagwort Haider. Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche von 1986 bis heute. Wien 1994, S. 283–333.
- Karlhofer, Ferdinand/Natter, Bernhard: Konvergenz der Werte – Streit um Worte. In: ÖZP 2/1989, S. 129–140.
- Knight, Ute/Kowalsky, Wolfgang: Deutschland nur den Deutschen? Die Ausländerfrage in Deutschland, Frankreich und den USA. Erlangen 1992.
- König, Karin: Vom Mißbrauch der Demokratie. In: Sic!, Heft 1/1994, S. 6ff.
- Kräh, Gerd: Die Freiheitlichen unter Jörg Haider. Rechtsextreme Gefahr oder Hoffnungsträger für Österreich. Frankfurt/M. 1996.
- Kraushaar, Wolfgang: Die neue Leutseligkeit. In (Hg.: Dubiel, Helmut): Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M. 1986, S. 278–315.
- Kraxner, Christian: "Volk versus Machtblock". Die Wirklichkeitskonstruktionen des autoritären Populismus. Vortrag, Zukunftswerkstätte, 29. Febr. 1996.
- Lackner, Herbert: Neues FPÖ-Programm fertig: Hartes Ringen mit der "deutschen Frage". In: Arbeiter-Zeitung, 19. Januar 1985.
- Matouschek, Bernd/Wodak, Ruth/Januscek, Franz: "Notwendige Maßnahmen gegen Wirtschaftsflüchtlinge?" Zur Genese rassistischer Diskurse in Österreich nach 1989. In: Wiener Linguistische Gazette 51–52/1994, S. 10f.
- Mayer, Nonna: Rechtsextremismus in Frankreich: Die Wähler des Front National. In (Hg.: Falter, Jürgen W. et al.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996, S. 388–405.
- Merkel, Wolfgang: Rechtsextremismus in Italien: Von der neofaschistischen Systemopposition zur postfaschistischen Regierungspartei: Der Aufstieg der Alleanza Nazionale. In (Hg.: Falter, Jürgen W. et al.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996, S. 406–422.
- Morass, Michael/Reischenböck, Helmut: Parteien und Populismus in Österreich. In (Hg.: Pelinka, Anton): Populismus in Österreich. Wien 1987, S. 36–59.
- Müller, Marion G.: Politische Ikonographie: Zum visuellen Umgang mit Populisten. Zukunftswerkstätte, Vortrag, 9. Febr. 1995.
- Nemeth, Dietmar/Blumberger, Walter (Hg.): Rechts um? Zum neuen Rechtsradikalismus in Österreich. Linz 1993.
- ORF: Zeit im Bild 2, 19.12.1955 Thema: Haider-Video sorgt für Aufregung. Teilnehmer: Jörg Haider, Wolfgang Neugebauer, Alfred Jamanek
- ORF: Abendjournal, 13.6.1991, Teilnehmer: Jörg Haider, Guido Zernatto
- Ottomeyer, Klaus/Zeichen, Sigrid: "Stolz auf die weiße Rasse". Junge Rechtsradikale im Gruppengespräch. Klagenfurt 1997, unveröffentl. Manuskript.
- Pallaver, Günther: L' unto del signore. Berlusconi, Forza Italia und das Volk. In: ÖZP 3/1995, S. 317–328.
- Paul, Gerhard: Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus in den achtziger Jahren. In (Hg.: Paul, Gerhard): Hitlers Schatten verblaßt. Bonn 1990.
- Pelinka, Anton: Windstille. Klagen über Österreich. Wien/München 1985.
- Pelinka, Anton (Hg.): Populismus in Österreich. Wien 1987.
- Pelinka, Anton: Zur Entwicklung einer Oppositionskultur in Österreich. In: ÖZP 2/1989, S. 141–149.

- Pelinka, Anton: FPÖ und der Beginn der 3. Republik. In: Gesellschaft & Politik. Zeitschrift für soziales und wirtschaftliches Engagement Nr. 1/92.
- Pelinka, Anton: Zur Entaustriifizierung Österreichs. Zum Wandel des politischen Systems 1945–1995. In: ÖZP 1/1995, S. 5–16.
- Pfahl-Traughber, Armin: Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa. Bonn 1994.
- Plasser, Fritz: Die populistische Arena. Massenmedien als Verstärker. In (Hg.: Pelinka, Anton): Populismus in Österreich. Wien 1987, S. 84–108.
- Plasser, Fritz/Ullram, Peter A.: Wahltag ist Zahltag. Populistischer Appell und Wählerprotest in den achtziger Jahren. In: ÖZP 2/1989, S. 151–164.
- Plasser, Fritz/Ullram, Peter A.: Überdehnung, Erosion und rechtspopulistische Reaktion. In: ÖZP 2/1992, S. 146–164.
- Puhle, Hans-Jürgen: Was ist Populismus? In (Hg.: Dubiel, Helmut): Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M. 1986, S. 12–32.
- Purtscheller, Wolfgang (Hg.): Die Ordnung die sie meinen. "Neue Rechte" in Österreich. Wien 1994.
- Reiter, Erich: Thesen für eine freiheitliche Politik in Österreich und in Europa. In: Freie Argumente Nr. 4/Okt. 1980, S. 5ff
- Sattlegger, Kurt: Der Erfolg der Haider-FPÖ und die Defizite des österreichischen Parteiensystems. Wien 1992.
- Scharsach, Hans-Henning: Haiders Clan. Wie Gewalt entsteht. Wien 1995.
- Schmidtke, Oliver: Die Lega in Italien. In (Pfahl-Traughber, Armin): Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa. Bonn 1994, S. 83–99.
- Schranz, Harry: "Bewegung" nach rechts. Vom Dritten Reich zur Dritten Republik. Wien 1995.
- Schui, Herbert et al.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. Wien 1997.
- Sottopietra, Doris: Variationen eines Vorurteils. Eine Entwicklungsgeschichte des Antisemitismus in Österreich. Wien 1997a.
- Sottopietra, Doris: Die Renaissance von Rassismus und Antisemitismus. In: ÖZP 3/1997b, S. 335–348.
- Taguieff, Pierre-André: Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus. In (Hg.: Bielefeld, Uli): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg 1992, S. 221–268.
- Tributsch, Gudmund (Hg.): Schlagwort Haider. Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche von 1986 bis heute. Wien 1994.
- UNESCO (Hg.): UNESCO Statement on Race. Lake Success 1950.
- UNESCO (Hg.): Declaration on Race and Racial Prejudice, adopted by the General Conference at its twentieth session. Paris, 27. November 1978.
- Vobruba, Georg: Die populistische Anrufung der Gemeinschaft. In (Hg.: Dubiel, Helmut): Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M. 1986, S. 221–247.
- Votzi, Josef: "Ausländische Geheimdienste mit im Spiel". Interview mit Jörg Haider. In: Profil, Nr. 7/13. Februar 1995, S. 36ff.
- Wassermann, Gerlinde: Jörg Haider im Vergleich mit Jean-Marie Le Pen und Franz Schönhuber. Diplomarbeit, Wien 1996.
- Weil, Frederick D.: Umfragen zum Antisemitismus: Ein Vergleich zwischen vier Nationen. In (Hg.: Bergmann, W./ Erb, R.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945. Opladen 1990.
- Westphal, Sabine: Der Populismus der FPÖ unter Jörg Haider. Zwischen politischer Ideologie und Strategie zur Wählerstimmenmaximierung. Wien 1994.

Wolfgruber, Elisabeth: Parteipolitischer Diskurs und Strategien in der Ausländer/innen/politik in Österreich 1989 bis 1993. In: ÖZP 3/1994, S. 299–313.

Verschiedene Nummern und Jahrgänge von:

Arbeiter-Zeitung
Die Gemeinde
Die Presse
Der Kurier
Der Standard
Neue Freie Zeitung
Neue Zürcher Zeitung
Profil
Tiroler Tageszeitung

Die Autorin

Doris Sottopietra
Mag. Dr. phil., Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik, wissenschaftliche Arbeit zu den Schwerpunkten Antisemitismus, Rassismus, Ethnizität
Veröffentlichungen u. a.: Variationen eines Vorurteils. Eine Entwicklungsgeschichte des Antisemitismus in Österreich. Wien 1997.